Nummer 37. Hannover, 10. September 1910. 19. Jahrg.

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 ℳ. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Lohnstellen-Anzeigen die 3gespaltene Kolonel-Zeile 50 ₰. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Verlag von A. Brey.
Druck von E. A. H. Meister & Ko., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover.
Redaktionsschluß: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Münzstraße 5, 3. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

Ausreden.

Ueber den Indifferentismus, die Teilnahmlosigkeit der Arbeiterschaft bei der Wahrung und energischen Vertretung ihrer Klasseninteressen, wird mit Recht geklagt. Und bei vielen Arbeitern scheint dieser Indifferentismus schier unüberwindlich. Mag man sich noch so viele Mühe geben, sie für ihre Klassenlage zu interessieren, immer haben sie nur ein Achselzucken dafür übrig und begnügen sich höchstens noch damit, unter Anwendung einer nichtssagenden Redewendung ihre Teilnahmlosigkeit am öffentlichen Leben zu beschönigen.

Solange man einen solchen rauhbeinigen Gesellen über seine wirtschaftliche Lage unterhält, mags noch angehen. Und bei besonders scharfpointierten Wendungen während dieses Vortrags nickt er recht verständnisinnig mit dem Kopfe. Er erkennt an, daß der Arbeiterstand ein gedrückter ist und viel Unrecht in der Welt sei. Geht der Vortragende aber dazu über, dem Zuhörer verständlich zu machen, daß nur durch stramme Organisation der Arbeitermassen dieses Unrecht beseitigt werden kann, dann wird das Gesicht des Zuhörers schon merklich länger. Und fordert man gar zum Schlusse den Beitritt zur Organisation, dann kommt es zu besagtem bedauernden Achselzucken und jener Redewendung, die dem Vortragenden verrät, daß es noch vieler Arbeit bedarf, um endlich in diesen Dickschädel einzudringen.

Eine der beliebtesten Ausreden jener denk- und tatfaulen Arbeiter ist die Wendung, daß das ja alles recht gut und schön sei und auch sie selbstverständlich erster Mann an der Spritze sein würden, aber so, wie es nun einmal liege, habe es keinen Zweck. Ja, wenn alle so dächten wie sie! Aber die andern! Die dächten nicht im Traum daran, sich organisieren zu wollen. Die ließen sich alles gefallen. Einer biete sich immer billiger an als der andre. Und wenn nun auf diese Einwände erwidert wird, daß aber doch unter allen Umständen einmal der Anfang gemacht werden müsse und durch langsame und zielsichere Agitation dennoch etwas getan werden könne, um die Köpfe so nach und nach zu revolutionieren und für die Arbeitersache zu gewinnen, dann erklärt der also Bombardierte zum Schluß, daß er sich die Sache erst noch überlegen wolle, später werde er Bescheid geben. Aber erst müsse er noch mit Schulze und Müller Rücksprache nehmen . . .

So war die Arbeit des Organisationswerbers wieder einmal umsonst. Denn das „Ueberlegen" dauert in der Regel sehr lange. Er weiß aber auch Bescheid. Das, was der von ihm Bearbeitete da vorgebracht hatte, waren weiter nichts als Ausreden, um nur in der alten Denkfaulheit, dem alten Sichgehenlassen zu verharren. Es erscheint eben vielen Arbeitern als ein idealer Zustand, so recht gedankenlos in den Tag hinein zu leben, sei es auch noch so kümmerlich, statt sich in ernstem Denken seine Lage zu betrachten und auf deren Verbesserung bedacht zu sein.

Ein indifferenter Arbeiter, der sich auf solche Weise vor seiner Organisationspflicht zu drücken sucht, ist aber immer noch nicht gerade der schlechteste. Er läßt doch immerhin mit sich reden und es dürfte mit der Zeit doch gelingen, ihn für seine Klassenlage so zu interessieren, daß er schließlich eines schönen Tages mal wirklich Ernst macht und sich organisiert. Dann ist das Spiel aber auch für unsre Bewegung so gut wie gewonnen. Denn nun setzt die nachhaltige und in genauer Periode sich wiederholende Agitation durch unser Verbandsorgan ein, es kommen systematisch der Aufklärung dienende Vorträge, und so wird denn das neugewonnene Mitglied immer mehr für unsre Ziele interessiert, so daß sich schließlich aus ihm ein recht brauchbares Mitglied unsrer Organisation entwickelt.

Es gibt aber außer solchen Leuten noch andre, die schwerer für unsre gute Sache zu überzeugen und zu gewinnen sind. Das sind die Ueberschlauen. „Was brauche ich den Verband! Selbst ist der Mann! Man muß seine Sache selbst zu vertreten wissen!" So schallt es dem Organisationswerber entgegen. Und doch versteckt sich hinter den bramarbasierenden Worten leider zu oft, ja fast immer, nur eine faule Ausrede. Solche großsprecherische Helden sind in der Regel nichts weniger als Nachfahren des Freiheitskämpfers Wilhelm Tell, der ebenfalls sagte: „Der Starke ist am möchtigsten allein." Hinter ihren Ausreden versteckt sich zumeist nur der krasse Egoismus oder aber nackte Feigheit. Wohl haben sie den Zweck der Organisation begriffen, aber sie sagen sich, daß es ohne sie auch wohl gehen mag, dann sparen sie den Verbandsbeitrag und genießen ja doch die Früchte, die die andern in mühevollem Kampfe erobert haben. Oder aber sie haben Angst, daß, wenn sie sich organisierten, es vielleicht „der Herr Chef" erfahren könnte. Und der könnte es vielleicht übel vermerken. Darum bleibt der Bruder Rauhbein lieber unorganisiert, weil er aber gern nach außen als ein „Held" erscheinen möchte, bramarbasiert er mit dem vermeintlichen Heldentum des Einzelmenschen.

Andre erzählen wieder schlankweg, daß sie das Geld, das sie für ihre Verbandsangehörigkeit ausgeben müßten, sparen könnten. Und sie machen eine wunderschöne Rechnung auf, wieviel Geld sie auf diese Weise in einem oder gar in zehn Jahren „ersparen" und auf die hohe Kante legen . . . . .

Ein andrer erklärt wieder im Brustton tiefinnerster Ueberzeugung, daß ihm der Verband nicht revolutionär genug sei. Und er erklärt feierlich, daß er „vollständig prinzipiell" dagegen ist, der Organisation beizutreten. Das sind die echten Uebermenschen. Ihnen geht das alles „nicht schnell genug". Und sie erklären, daß es mit dem Zahlen und der mühevollen Kleinarbeit in der Organisation nicht gemacht sei. Los, drauf und dran, so müsse die Parole heißen. Bei einem beabsichtigten Streik erst zu überlegen, ob es wohl gehen mag und dann schließlich vor der kühnen Tat zurückschrecken, weil vielleicht die Konjunktur nicht günstig genug oder gar, weil ein großer Teil der Arbeiter noch nicht organisiert ist, das sei Dummheit und Feigheit. Man müsse eben den Stier bei den Hörnern packen und festen Schrittes auf das Ziel losmarschieren! Dann werde der Kapitalismus auch zu Boden gedrückt und der schönste Sieg sei für die Arbeiterschaft mit einem Schlage errungen. So müsse es gemacht werden. Aber die heutige Taktik sei total falsch und wirke nur einschläfernd. Mit ihr habe man bisher so gut wie gar nichts erreicht.

So reden sich manche Arbeiter in ein vermeintliches Heldentum hinein, berauschen sich an billigen Schlagworten und Phrasen, denn das kostet weder Mut noch sonst etwas. Und ihr Heldentum in die Praxis umgesetzt würde sich höchstens zu einem zwecklosen und obendrein schädlichen Märtyrertum gestalten.

Wie ist nun solchen bedauerlichen Erscheinungen im Arbeiterleben entgegenzutreten? Gewiß, die Wege des für unsre heilige Arbeitersache Wirkenden sind mühsam und dornenvoll. Und mit diesen Begleiterscheinungen hat jeder in der Arbeiterbewegung Stehende zu rechnen. Sie resultieren aus der verkehrten Erziehung, die der Vater Staat in recht zielbewußter Weise dem Proletariervolk von klein auf angedeihen läßt. Und das allgemeine Streben nach wirklicher Volksbildung wird dazu führen, daß in späteren Zeiten solche üblen Dinge in der Arbeiterbewegung verschwinden. Damit ist uns allerdings später, aber nicht jetzt gedient. Wir müssen schon jetzt dem Uebel des Indifferentismus auf den Leib rücken. Und das geschieht, wenn wir vor allem danach trachten, die Anhängerschaft der im ersten Abschnitt beschriebenen rauhbeinigen Gesellen mehr und mehr zu dezimieren und sie selbst zu isolieren. Und das können wir, wenn wir überall diesen Ueberschlauen und Ich-Menschen in wirkungsvoller Weise entgegentreten und sie mit den wuchtigen Argumenten der modernen Arbeiterbewegung aus dem Felde schlagen.

Das ist gar nicht so schwer. Vor allem die Ausrede von „den andern". Hier muß man dem Zweifler sagen, daß er ja selbst „der andre" ist, daß gerade er zu dieser Sorte Menschen gehört. Man muß ihm sagen, daß, wenn „die andern" nicht wollen, er wenigstens den Anfang machen und sich organisieren müsse. Dann wird dieses gute Beispiel ansteckend und anfeuernd wirken, der „andern" werden immer weniger werden, kraftvoll wird die Organisation blühen und gedeihen und Egoismus, Speichelleckerei und Feigheit werden immer mehr verschwinden.

Dann die „Ueberschlauen", die erklären, daß es ohne Organisation gehe und jeder selbst seine Rechte vertreten müsse. Denen führe man den Zweck und die eiserne Notwendigkeit der Organisation vor Augen. Man halte ihnen aus Schillers „Tell" das Zitat entgegen: „Vereint sind auch die Schwachen mächtig." Man füge hinzu, daß die Arbeiter im heutigen Wirtschaftsleben die Schwachen sind und daß sie schon deshalb nur vereint zur Macht gelangen können. Man halte ihnen die Starken im Wirtschaftsleben vor. Das sind zweifellos die Kapitalisten. Und was tun diese? Sie schließen sich zusammen zu mächtigen Organisationen, um ihre Geldsackinteressen wirksamer vertreten und die Arbeiter besser ausbeuten zu können. Und wenn schon die Kapitalisten ihre Organisierung als notwendig empfinden, um wieviel mehr müßten es da die Arbeiter, die vereinzelt viel schwächer als die Unternehmer sind!

Solchen Argumenten wird der Ueberschlaue unmöglich begegnen können. Und wenn er trotzdem verstockt bleiben sollte, seine Anhängerschaft wird zusammenschmelzen, denn sie wird die Richtigkeit unsrer Ausführungen einsehen lernen. Auch können wir dann seine sich hinter hohlen Phrasen verbergende Unehrlichkeit feststellen, denn wenn er nun nicht die Notwendigkeit der Organisation einsehen will, dann muß man die Ursachen dieser seltenen Hartnäckigkeit anderswo suchen. Oft ist es die unheilbare Feigheit vor dem „Herrn Chef", von dem sie schließlich ob ihrer „Gutgesinntheit" eine „Lebensstellung" erhoffen. . . .

Dann die „Sparer", Leute, die glauben, sich besser zu stehen, wenn sie den Verbandsbeitrag auf die hohe Kante legen. O wie schön sie doch rechnen können! Sie weisen sogar zahlenmäßig nach, wann der Zeitpunkt gekommen sein wird, an dem sie sich von den ersparten Verbandsbeiträgen sogar ein Haus bauen können. In der Regel wirds aber ein Kartenhaus. Ihr Toren, euer Verband ist eure beste Sparkasse! Und wenn ihr durch den Verband auch nur vielleicht 5 Prozent an Lohnerhöhung vom Unternehmer herausholt, der auf diese Weise erhöhte Wochenverdienst wiegt schon doppelt und dreifach euren wöchentlichen Verbandsbeitrag auf! Aber das sehen diese Rechenkünstler nicht. Sie starren nur wie fasziniert auf den vermaledeiten Verbandsbeitrag. Und doch trägt ihnen dieser bei richtiger Anwendung zehn- und zwanzigfältige Frucht, obwohl sie auch dabei nicht zum Hausbesitzer aufsteigen, wohl aber in die Lage versetzt werden, sich und ihre Familien anständiger durch die Welt zu bringen.

Nun zu den „Revolutionären". Wir setzen dieses Wort in Gänsefüßchen, denn hinter diesem zur Schau getragenen Revolutionarismus verbirgt sich in allen Fällen entweder tatenloses, nichtsnutziges Phrasentum oder der Ausfluß armer, irregeleiteter Arbeiterhirne. Diesen Leuten muß, vor allem wenn sie zur letzteren Kategorie gehören, gesagt werden, daß es mit der Kladderadatsch-Illusion einfach nicht getan ist. Wer in der Welt steht, hat eben mit den realen Tatsachen zu rechnen. Und wenn man diese in Betracht zieht, dann muß jedem einleuchten, daß es beim besten Willen nicht so schnell gehen kann. Jede Interessengruppe im wirtschaftlichen Leben baut ihre Macht durch ihre Organisation auf. Das muß der Arbeiter sogar in verstärktem Maße, weil ihm neben seiner notorischen Einzelschwäche noch obendrein alle die gewaltigen Machtmittel des Staates nicht zur Verfügung stehen. Nur ruhelose, immerwährende Agitationsarbeit kann uns unserm Ziele näher bringen. Wie wäre es möglich, in der heutigen Zeit schon die kapitalistische Welt mit einem Ruck aus ihren Angeln zu heben, heute, wo der größte Teil unsrer eigenen Klassengenossen noch aus Unwissenheit zu den Gegnern hält, was ja vor allem die Parlamentswahlen beweisen! Nein, hier heißt es unermüdlich werben, die Massen sammeln und immer mehr Proletariat unter den Fahnen der klassenbewußten Arbeiterschaft zusammenziehen! Dem Moloch Kapitalismus läßt sich nur stückweise das Ergaunerte und der Gesamtmenschheit Geraubte aus den Klauen reißen, und auch nur, wenn das Proletariat sich zusammenschließt zu straffer, fester Organisation! Nur vereint sind die Schwachen mächtig!

Mit solchen Argumenten trete man all diesen Störern einer guten und zielsicheren Organisationsentwicklung entgegen. Und wir sind überzeugt, der gesunde Sinn und das keimende Klassenbewußtsein der Arbeiter wird sich immer mehr und unwiderstehlicher Bahn brechen. Unsre Organisationen werden wachsen mehr als bisher, und diese sonderbaren Verneiner der Organisationsmacht werden sich immer einsamer vorkommen und schließlich sich gleichfalls dem unwiderstehlichen Zuge der Zeit nicht mehr verschließen können. Und tun sie es dennoch, dann wird die aufgeklärte und zielsicher vorwärtsstrebende Arbeiterschaft diese unverbesserlichen Individuen nur noch als wunderliche Käuze betrachten. . . . .

Die Arbeiterbewegung aber geht, gestützt auf ihre machtvollen Organisationen, ihres Weges weiter. Sie erfüllt ihre geschichtliche Mission, die Befreiung des Proletariats aus den Banden der Reaktion und des Kapitalismus. Und sie geht auf dieser stolzen Bahn über diese Hemmer ihres Fortschritts mit hellem Lachen zur Tagesordnung über. . . .

Die Gewerkschaftsorganisationen im Deutschen Reiche im Jahre 1909.

II.

Die Finanzverhältnisse der Gewerkschaften haben sich 1909 gegenüber dem Vorjahre nicht nur absolut, sondern auch relativ verbessert. Die Einnahmen stiegen von 48 544 396 Mk. auf 50 529 114 Mk., die Ausgaben von 42 057 516 Mk. auf 46 264 031 Mark und die Vermögensbestände von 40 839 791 Mk. auf 43 480 932 Mark. Pro Kopf der Mitglieder berechnet, ergibt dies: Einnahme 27,57 Mk., Ausgabe 25,24 Mk. und Vermögensbestand 23,73 Mk. gegenüber 26,50 Mk., 22,96 Mk. und 22,30 Mk. Es sind dies die höchsten relativen Ziffern, die bisher erreicht wurden. Ein kurzer Rückblick wird die enorme Steigerung zeigen, welche die Gewerkschaften gerade auf diesem Gebiete herbeigeführt haben. Die in den Statistiken verzeichneten Verbände hatten:

	Einnahmen	Ausgaben	Kassenvermögen
	pro Kopf der Mitglieder berechnet		
	Mk	Mk.	Mk.
1891	6,68	9,62	2,56
1895	11.58	9,86	6,96
1900	13,89	11,89	11,38
1905	20,68	18,61	14,60
1906	24,62	21,88	14,98
1907	27,55	23,12	17,82
1908	26,50	22,96	22,50
1909	27,57	25,24	23,73

Die Mitglieder der Gewerkschaften sind, teils um sich bei Arbeitslosigkeit und Krankheit eine Hilfe zu sichern, teils durch die Aussperrungstaktik der Unternehmer, zu der Erkenntnis gekommen, daß höhere Beiträge geleistet werden müssen, wenn sie vor Not geschützt sein wollen. Sie haben im eigensten Interesse die erhöhten Lasten übernommen, in dem Bewußtsein, daß nur die eigene Kraft entscheidet. Der Staat und das Unternehmertum haben bisher nur dahin gearbeitet, der werktätigen Bevölkerung alle Lasten aufzuerlegen. Um diese zu erleichtern und einen Ausgleich zwischen der Lohnhöhe und der künstlich herbeigeführten Erhöhung der Kosten der Lebenshaltung zu ermöglichen, war größere Opferwilligkeit für die eigenen Organisationen erforderlich. Und diese ist von Jahr zu Jahr in erhöhtem Maße seitens der Gewerkschaftsmitglieder betätigt worden. Während 1891 die meisten Organisationen einen Wochenbeitrag von weniger als 20 Pf. und nur zwei einen solchen von 21—30 Pf., eine von 31—40 Pf. und zwei von 41—50 Pf. erhoben, hatten 1909 einen Beitrag von

21—30 Pf.	4 Organisationen	=	7,0 Prozent
31—40 „	13 „	=	22,8 „
41—50 „	19 „	=	33,3 „
über 50 „	21 „	=	36,8 „

Nun gewährt diese Feststellung noch keinen vollen Ueberblick über die tatsächliche Beitragsleistung. Es kommt in Betracht, daß in einigen Organisationen Staffelbeiträge, in andern nicht während des ganzen Jahres Beiträge erhoben werden. Einen annähernden Ueberblick über die von den Mitgliedern gezahlten Verbandsbeiträge gewinnt man, wenn die Jahresbeitragsleistung der Mitglieder festgestellt wird. Es zahlten 1909 an Jahresbeiträgen entsprechend dem Bestimmungen des Verbandsstatuts:

Mk.	Mitglieder	Prozent	1908 Prozent
bis 7,20	5 977	0,33	0,03
7,80	1 034	0,06	0,63
9,60—10,20	19 424	1,06	1,03
10,40	33 512	1,83	3,41
12,00	7 385	0,40	0,48
13,00	42 246	2,31	1,79
14,00—15,10	22 310	1,22	1,89
15,60	54 880	2,99	4,65
16,00—18,00	68 846	3,76	4,18
18,20	23 698	1,29	5,18
18,25—20,00	34 192	1,86	1,71
20,80	408 159	22,27	18,87
20,90—22,70	86 065	4,69	4,73
23,40	23 769	1,30	1,81
24,00—25,25	31 897	1,74	4,45
26,00	362 705	19,79	15,08
28,00	19 445	1,06	2,55
28,60	67 478	3,68	1,20
31,20	394 058	21,50	20,81
32,00—34,00	30 615	1,67	1,05
36,40	6 724	0,37	0,03
36,60—41,60	4 370	0,24	0,40
44,20—49,40	6 945	0,38	0,13
52,00 und mehr	76 933	4,20	3,01

Es zahlten somit Wochenbeitrag:

	Mitglieder	Prozent	1908 Prozent
bis 20 Pf.	59 947	3,28	5,10
21—30 „	126 821	6,92	8,31
31—40 „	534 895	29,18	29,94
41—50 „	504 436	27,52	26,07
51—60 „	480 981	26,24	24,56
über 60 „	125 587	6,86	5,52

Die Zahl der Mitglieder mit höherer Beitragsleistung ist, wie die Prozentberechnung zeigt, auch im Berichtsjahre wieder gestiegen.

Zu diesen statutarischen Beitragsleistungen kommen dann noch Extrabeiträge, Lokalbeiträge und die sonstigen Einnahmen der Verbände. Es wurden vereinnahmt 1909 an: Eintrittsgeldern 337 063 Mark, Verbandsbeiträgen 47 679 446 Mk., Lokalbeiträgen 5 520 932 Mark, Extrabeiträgen 151 555 Mk., Beiträgen von arbeitenden Mitgliedern in Streikorten 211 560 Mk., Zinsen 944 768 Mk., Sonstigem 1 683 790 Mk.

Pro Kopf der Mitglieder berechnet, hatten an Gesamtjahreseinnahme: Notenstecher 63,99 Mk., Lithographen 62,78 Mk., Buchdrucker 57,59, Bildhauer 45,38, Glaser 41,18, Former 35,03, Holzarbeiter 34,62, Zimmerer 33,92, Kupferschmiede 33,90, Metallarbeiter 33,30, Schmiede 33,10, Porzellanarbeiter 33,02, Handschuhmacher 32,04, Lederarbeiter 31,66, Stuckateure 31,12, Zigarrensortierer 30,82, Tapezierer 29,43, Sattler 28,67, Buchbinder 28,24, Böttcher 27,96, Bauhilfsarbeiter 27,32, Steinsetzer 26,96, Steinarbeiter 26,73, Hutmacher 26,64, Brauereiarbeiter 26,58, Töpfer 25,85, Mühlenarbeiter 25,79, Kürschner 25,69, Lithographen 25,54, Maler 24,88, Gehilfen 24,64, Friseure 24,20, Bureaubeamte 23,99, Schiffszimmerer 23,32, Textilarbeiter 22,88, Maurer 22,58, Hafenarbeiter 22,53, Tabakarbeiter 22,41, Schuhmacher 22,09, Schneider 21,51, Eisenbahner 21,40, Seeleute 21,14, Fabrikarbeiter 21,04, Glasarbeiter 21,04, Gemeindearbeiter 20,92, Transportarbeiter 20,55, Dachdecker 20,16, Gärtner 20,09, Maschinisten 18,79, Hoteldiener 17,38, Bergarbeiter 16,87, Kinderkrankenpflegearbeiter 16,67, Bureauangestellte 16,57, Kellner 16,59, Lagerhalter 16,23, Stellenvermittler 14,92, Krankenpfleger 14,03, Handlungsgehilfen 12,63, Stimmenarbeiter 12,45 Mk.

Die Gesamtausgabe von 49 304 631 Mk. verteilt sich auf die folgenden Posten:

	Organisationen	Mk.
Reiseunterstützung	45	1 125 829
Umzugsunterstützung	38	281 231
Arbeitslosenunterstützung	44	8 593 928
Arbeitslosen- und Krankenunterstützung	53	8 896 354
Invalidenunterstützung	30	498 505
Rechtsschutz in Strafsachen	43	838 879
Rechtsschutz in Zivilsachen	38	347 174
Streik im Beruf	50	6 569 216
Streik in anderm Berufen und Ausland	37	334 515
Maßregelung	35	288 137
Gemaßregeltenunterstützung	44	1 074 684
Verbandsorgane	57	2 091 487
Gewerkschaftshäuser	36	229 009
Bibliotheken	34	38 826
Agitation	14	38 831
Druckschriften, Broschüren usw.	55	2 517 476
Zentralverwaltung	52	402 057
Konferenzen und Generalversammlungen	39	67 049
Sonstige Zwecke	53	368 078
Zahlung an die Generalkommission	34	2 215 467
Zahlung an internationale Verbände	52	213 068
Zahlung an Kontrolle u. Schiedsgerichte	24	55 283
Unterstützungen	43	786 626
Verwaltungskosten der Zentralkassen	14	34 045
Verwaltungskosten der Zentralverbände	57	931 867
Verwaltungskosten der Lokalkassen	55	651 712

Die Ausgabe für Streik und Maßregelungen ist gegenüber dem Jahre 1908 um 2 100 000 Mk. höher, erreicht aber bei weitem nicht die Höhe der Jahre 1905 bis 1907, in denen für 9 674 694 Mk., 12 741 419 Mk. und 22 204 838 Mk. Streik- und Maßregelungsunterstützungen gezahlt wurden. Trotz der Unterstützung bei Arbeitslosigkeit und Krankheit erreichen die Ausgaben aber nicht die im Jahre 1908. Wie stark die Ausgaben für die Gewerkschaften in den drei Jahren der wirtschaftlichen Krise zum außerordentlichen Belastungsmomente wurden, ist ersichtlich aus folgenden Ziffern:

	1907 Mk.	1908 Mk.	1909 Mk.
Reise	860 148	1 184 353	1 125 829
Umzug	226 716	290 157	281 231
Arbeitslose	4 375 012	8 234 388	8 593 928
Kranke	5 635 387	8 473 353	8 896 354
Sterbefälle	642 385	666 494	838 879
Notfälle	497 707	508 976	547 174
Gemaßregelte	1 010 045	1 440 263	1 074 684
	13 275 400	20 698 484	21 358 079

Es sind nicht weniger als 55 000 000 Mk. für diese Unterstützungen in den letzten drei Jahren verausgabt worden.

Die Aufwendungen, welche einzelne Organisationen für Arbeitslosen- und Krankenunterstützung im Berichtsjahre machen mußten, stehen hinter den Leistungen der beiden Vorjahre nicht zurück. In den drei Jahren wirtschaftlicher Depression haben die Gewerkschaften wiederum den Beweis geliefert, daß sie nicht nur ihrer Aufgabe, den Mitgliedern in den Zeiten der Not einen Rückhalt zu bieten, gewachsen sind, sondern auch den Beweis dafür, daß nur die Gewerkschaften als die Träger der Arbeitslosenversicherung gelten können. Jede Einrichtung der Arbeitslosenfürsorge, die sich nicht auf die Gewerkschaften aufbaut, wird verlagen. Nun werden die Gegner der staatlichen Arbeitslosenfürsorge sagen, daß, wenn die Gewerkschaften sich auf diesem Gebiete so leistungsfähig erwiesen haben, man ihnen dieses auch für die Zukunft überlassen und vom einem Eingreifen des Staates absehen könne. Demgegenüber ist zunächst prinzipiell zu bemerken, daß die Arbeiter nicht die Verantwortung für die wirtschaftlichen Krisen tragen, sondern daß diese eine Folge des heutigen Wirtschaftssystems sind, dessen Aufrechterhaltung als die vornehmste Aufgabe der Staatsgewalt gilt. Würde man den Arbeitern ein Mitbestimmungsrecht bezüglich Einschränkung der Produktion während der Perioden verminderten Absatzes einräumen, so könnte man ihnen einen Teil der Verantwortlichkeit zuweisen. So aber gelten sie nur als Objekte im Produktionsprozeß, die man nach Bedarf heranzieht und bei Eintreten der Krise ohne Rücksicht darauf, ob sie während der Arbeitslosigkeit ihr einziges Gut, ihre Arbeitskraft, einbüßen, wieder abstößt. Der Staat sorgt außerdem durch die Erhöhung und Vermehrung der indirekten Steuern dafür, daß die Konsumfähigkeit der Arbeiterklasse herabgemindert wird, was eine Einschränkung der Produktion und vermehrte Arbeitslosigkeit zur Folge hat. Somit ist es Pflicht des Staates, dem die Verantwortlichkeit für die wirtschaftlichen Krisen zufällt, für deren Opfer Fürsorge zu treffen.

Aber auch aus praktischen Gründen kann man den Gewerkschaften die volle Leistung der erforderlichen Mittel für die Arbeitslosen nicht zumuten. Was heute geboten wird, kann bei fast allen Gewerkschaften nur als das Aeußerste angesehen werden, das erforderlich ist, um die Arbeitslosen vor der größten Not zu schützen. Soll die Unterstützung so bemessen werden, daß sie ausreicht, um den Arbeitslosen vor Einbuße an seiner Arbeitskraft zu bewahren, so wäre eine enorme Erhöhung der Beiträge erforderlich. Außerdem können, wenn nicht eine ganz außerordentliche Belastung der Mitglieder eintreten soll, nicht alle Gewerkschaften die Arbeitslosenunterstützung einführen. Zwar hat in den letzten Jahren die Zahl der Gewerkschaften, die diesen Unterstützungszweig durchführten, ganz erheblich zugenommen. Während 1891 nur 10 Verbände, 1895 = 12, 1900 = 18 Verbände Arbeitslosenunterstützung zahlten, stieg deren Zahl 1905 auf 36 und 1909 auf 39. Von den 18 Verbänden, die im letzten Jahre eine solche nicht hatten, gehören 10 dem Baugewerbe an. Bei einigen andern Verbänden, die keine Arbeitslosenunterstützung zahlen, wie bei den Gastwirtsgehilfen und Zivilberufsmusikern, wird deren Durchführung infolge der eigenartigen Berufsverhältnisse äußerst schwierig sein.

Nach den Opfern, welche die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter für ihre arbeitslosen und sonst notleidenden Berufsgenossen bisher gebracht, sollte jeder rechtlich Denkende zu der Erkenntnis kommen, daß der Staat sich der Pflicht, für die Opfer der wirtschaftlichen Krise Vorsorge zu treffen, nicht mehr entziehen dürfe. Von 1891 bis 1909 wurden seitens der Gewerkschaften gezahlt für:

Arbeitslose	34 112 885 Mk.
Reisende	10 393 441 „
Kranke	36 004 701 „
Umzug, Not- und Sterbefälle	8 553 799 „
Gemaßregelte	6 638 112 „
Invalide	3 044 044 „
Rechtsschutz	2 432 921 „

Das sind in 19 Jahren 101 179 902 Mk. Demgegenüber steht eine Ausgabe für Streiks und Aussperrungen von 71 788 648 Mark.

Diese Gegenüberstellung soll nicht ein Nachweis dafür sein, daß die Gewerkschaften nicht Kampfesorganisationen sind, sondern sie soll die Opferwilligkeit der Arbeiterschaft gegenüber den Hilfsbedürftigen erweisen.

Der innere Ausbau der gewerkschaftlichen Zentralverbände hat auch im Berichtsjahre Fortschritte gemacht, doch lassen diese sich im einzelnen nicht schildern. Im Jahre 1909 zahlten Unterstützungen für Reisende 42, Umzug 28, Arbeitslose 39, Kranke 48, Invalide 5, Notfälle 34 und bei Sterbefällen 46 Verbände. Im Jahre 1908 wurden 40 Verbände verzeichnet, die Arbeitslosenunterstützung, und 6, die Invalidenunterstützungen zahlten. Die Verringerung der Zahl ist auf den Anschluß der Verbände der Handschuhmacher und Portefeuiller an andre Organisationen zurückzuführen. Die 57 Verbandsorgane hatten 1909 eine Gesamtauflage von 2 032 596 Exemplaren gegenüber 1 951 285 Exemplaren im Jahre 1908.

*

Ueber die Christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften haben wir schon berichtet. Ein Vergleich der Mitgliederziffern der drei Gewerkschaftsrichtungen ergibt die überragende Bedeutung der freien Gewerkschaften. Noch besser aber geht diese hervor aus der folgenden vergleichenden Zusammenstellung der Unterstützungsleistungen.

Es zahlten für:

Rechtsschutz und Unterstützungen insgesamt:

	Organisationen	Mitgliederzahl	Mk.	pro Kopf Mk.
Zentralverbände	57	1 832 667	21 114 446	11,52
H.-D. Gewerkvereine	22	108 028	438 172	4,06
Christl. Gewerkschaften	21	270 751	1 214 450	4,49
Streiks, Aussperrungen und Gemaßregelte:				
Zentralverbände	57	1 832 667	7 979 115	4,35
H.-D. Gewerkvereine	22	108 028	148 228	1,37
Christl. Gewerkschaften	21	270 751	489 023	1,80
Arbeitslosen- und Reiseunterstützung:				
Zentralverbände	56	1 823 663	9 719 757	5,33
H.-D. Gewerkvereine	15	101 572	357 321	3,52
Christl. Gewerkschaften	13	185 844	195 536	1,05
Arbeitslosenunterstützung:				
Zentralverbände	42	1 438 984	8 593 928	5,97
H.-D. Gewerkvereine	15	101 572	341 009	3,36
Christl. Gewerkschaften	13	185 844	195 536	1,05

Wir haben alle Ursache, der Arbeiterschaft durch solche Feststellungen immer wieder zu zeigen, daß sie in den Zentralverbänden ihre Interessen nicht nur im Lohnkampf, sondern auch auf allen andern Gebieten am besten und sichersten gewahrt finden. Damit soll nicht gesagt werden, daß diese Verbände nicht des weiteren Ausbaues bedürfen. Der Fortschritt der Konzentration der Unternehmerorganisationen und die Aussperrungstaktik der Unternehmer werden die Gewerkschaften zwingen, ihre Rüstung für den Lohnkampf immer noch weiter zu steigern.

Aus der chemischen Industrie.

Eine Scharfmacher-Rede.

II.

Zu besonders anmaßenden Ausführungen versteigt sich Duisberg bezüglich der Arbeitslöhne:

„Die deutschen Löhne sind erheblich, fast doppelt so hoch wie die in unsern Nachbarländern, und bedeuten für alle Industrien, die zu exportieren gezwungen sind, und bei denen der Lohn einen großen Teil des Entstehungspreises ausmacht, eine große Gefahr. Nach einer genau vergleichenden Aufstellung verdienten im Durchschnitt des vorigen Jahrhunderts unsre ungelernten Handarbeiter über 16 Jahre in unsern deutschen Fabriken am Rhein, unter Ausschluß der Handwerker, die wesentlich höher bezahlt werden, im Durchschnitt pro Stunde 45 Pf., pro Woche 26,50 Mark oder pro Jahr 1368 Mark. In Nordfrankreich, in Flors bei Roubaix, also im Hauptbezirk der französischen Textilindustrie, verdienten dieselben Arbeiter in derselben Zeit pro Woche 17,25 Mark, also pro Jahr 897 Mark; in unsrer Filiale in Belgien, in der Nähe von Antwerpen, war das Verhältnis pro Woche 14,70 Mark, pro Jahr 763 Mark, und in Moskau pro Woche 12 Mark und pro Jahr 623 Mark. Nicht gerechnet sind hier die gesetzlichen und die freiwilligen Aufwendungen für soziale und Wohlfahrtszwecke, die das Ausland nicht kennt, und die außerdem bei uns noch insgesamt 14 Prozent des Arbeitsverdienstes ausmachen. Der Lohn der Arbeiter in Frankreich und Belgien ist fast halb so niedrig wie bei uns, und dabei sind unsre Löhne immer in dauernd aufsteigender Richtung begriffen und haben sich in den letzten fünf Jahren um mehr als 25 Prozent erhöht. Das gibt zu denken, weniger bei uns, wo die Löhne im Vergleich zum Preis des Fertigfabrikats keine solch große Rolle spielen, als in der Montan- und Textilindustrie."

Wenn Duisberg behauptet, daß die „deutschen Löhne" erheblich höher sind, so muß er konsequent auch auf ganz Deutschland exemplifizieren und nicht „seine" deutschen Fabriken am Rhein zum Vergleich heranziehen. Genau so fehlerhaft ist es von ihm, von belgischen, französischen und russischen Verhältnissen zu reden, wenn er dabei nur seine „Dividendenquetschen" in den betreffenden Ländern als Beispiel anführt. Damit beweist er nur, daß die Elberfelder Farbwerke gut in der Lage sind, auch im Auslande die gleichen Löhne zahlen zu können. Das fällt ihnen aber gar nicht ein. Nach den Ergebnissen der Berufsgenossenschaft betrug der Durchschnittslohn in der chemischen Industrie inklusive gelernter Arbeiter, Aufseher und andrer versicherungspflichtiger Betriebsbeamten im Jahre 1909 nur 1135 Mk. Die Steigerung der Löhne betrug in den letzten 5 Jahren nicht „über 25 Prozent", sondern 14 Prozent. Dabei ist ferner zu beachten, daß die Arbeiter obiger Länder wesentlich billiger leben als der deutsche Arbeiter, weil sie den deutschen Zollwucher nicht kennen. Was will nun Duisberg bezwecken, wenn er solche hinkende Vergleiche anstellt? Jedenfalls ist er doch der Ueberzeugung, daß die Verhältnisse des Auslandes den deutschen Verhältnissen nicht angepaßt werden können, denn mit einem Lohn von 12 Mark bis 14 oder 17 pro Woche würden die Arbeiter des herrlichen Deutschen Reichs im Rheinland elend zugrunde gehen. Herr Professor! Wer A sagt, also der Landwirtschaft höhere Zölle bewilligt, muß auch B sagen, also höhere Löhne zahlen. Das trifft auf alle Freunde der Landwirtschaft zu. Für russische Löhne danken auch die gelben Arbeiter, die „treu zu Kaiser und Reich" stehen. Die chemische Industrie kann aber höhere Löhne zahlen, das beweist der letzte Satz in Duisbergs Ausführungen.

Wir fahren fort in der Rede:

„Wir fürchten am meisten die oft gutgemeinten, aber die Arbeiterschaft demoralisierenden, in ihrer Leistungsfähigkeit herabsetzenden und die Arbeitgeber verbitternden Zwangsbestimmungen aller Art, wie die Verallgemeinerung der Tarifverträge, die Forderung von obligatorischen Arbeiterausschüssen und Arbeitskammern, die schablonenhafte Regelung der Arbeitszeit für alle Industriezweige und einheitlich über ganz Deutschland, überhaupt die Gleichmacherei, welche das Persönliche und die freie Entwicklung der Einzelbetriebe hemmt. — — Darum rufen wir allen Bestrebungen, den konstitutionellen Betrieb in der Industrie einzuführen und zu eilig mit sozialpolitischen Zwangsmaßnahmen vorzugehen, ein lautes „Halt!" zu."

Das also ist des Pudels Kern: zuviel wird schon für sozialpolitische Zwecke getan. Darüber sollte sich die chemische Großindustrie am allerwenigsten beklagen. Im Jahre 1907 erzielten die Elberfelder Farbwerke **3000 Mark Reingewinn pro Arbeiter**, sie wandten für sozialpolitische Zwecke 31 Mark oder 1 Prozent des pro Arbeiter erzielten Gewinnes auf. Originell ist der Satz von der Gleichmacherei und der Erziehung zur Persönlichkeit, wenn man die Ausführungen über den Hansabund anzieht, der nach Duisberg

„Arbeitgeber und Arbeitnehmer an einer Tafel sitzen läßt und für die Gleichberechtigung aller Erwerbsstände eintritt, aber alle Parteien bekämpft, welche es wagen, Klassenpolitik zu treiben."

Diese Worte vereinbaren sich nicht mit der Bekämpfung des konstitutionellen Betriebes. Zwei Seelen wohnen in Duisbergs Brust, die bei Ausführung der gesteckten „Hansabundsziele" kräftig in Widerspruch geraten und die Vertreter der Industrie zur Klassenpolitik für die Besitzenden treiben. Sein weiterer Wunsch ist, daß es gelingen möge, Männer der Großindustrie in den Reichstag zu delegieren; aber die Sache hat einen Haken:

„Schon unter normalen Verhältnissen", so führte Duisberg aus, „sind wir täglich die Zielscheibe der niederträchtigsten

Angriffe. Wenn aber ein Industrieller gefunden ist, der sich den Schmähungen der Sozialdemokratie auszusetzen bereit ist, selbst wenn er dann das Glück hat, gewählt zu werden, muß er sich ohne Gnade und Barmherzigkeit irgend einer politischen Partei anschließen, und damit ist es meist mit seiner Freiheit und Unabhängigkeit in Wirtschaftsfragen dahin."

Die Freiheit und Unabhängigkeit, die Duisberg meint, kennen wir zur Genüge. Es ist die sogenannte Freiheit zur Ausbeutung der Arbeiterklasse. Wer diese aber mit seinem Gewissen vereinbaren kann, der muß sich auch dementsprechende Diskussionen gefallen lassen. Am liebsten wäre es natürlich den Vertretern des Kapitalismus, wenn die Vertreter der Sozialdemokratie samt ihren Zeitungen und Organisationen in den Orkus verschwinden würden. Aber soweit kommt es nicht: die Arbeiterbewegung marschiert auch in der chemischen Industrie dank der Aufklärungsarbeit der Gewerkschaften, zu der uns die Lebensmittelverteurer den Resonanzboden geliefert haben. Das Liebeswerben des Hansabundes, trotz Einzelfälle von Terrorismus, wird bei der Arbeiterschaft nicht verfangen. Die chemischen Industriearbeiter wissen ganz genau, was sie von den bürgerlichen Parteien und ihrem jüngsten Kind, dem Hansabund, zu erwarten haben. Alle denjenigen aber, die mit dem Zweck und den Zielen des Hansabundes nicht vertraut waren, werden die Ausführungen des „Scharfmachers der chemischen Industrie" die Augen geöffnet haben, sie wissen jetzt: da steht ein neuer Feind, dem kolossale Machtmittel zur Verfügung stehen.

× Aus der Anilinfabrikation.

Von einem Kollegen, der die Folgen der Anilinvergiftung am eigenen Leibe erfahren und beobachtet hat, werden uns folgende Zeilen geschrieben: Werfen wir heute alle Erwerbszweige gelernter und ungelernter Arbeiter zusammen, um dieselben auf ihre Gesundheitsschädlichkeiten zu prüfen, so finden wir, daß keine Erwerbstätigkeit so schädlich auf die Organe des menschlichen Körpers einwirkt wie die Herstellung von Anilinprodukten. Es ist geradezu unheimlich, wie verheerend dieses Gift wirkt. Fragt man Betriebsleiter, ob die Herstellung von Anilin für den damit beschäftigten Arbeiter eine Gesundheitsgefahr bedeutet, so fällt die Antwort fast immer sehr ausweichend aus, indem erklärt wird, die wissenschaftlichen Forschungen auf diesem Wege hätten bis jetzt zu keinem Resultat geführt, aus dem eine Gefahr für die Gesundheit und das Leben des Menschen ersichtlich werden könnte. Wir wissen ja, warum solche Antworten gegeben werden. Die Wissenschaft weiß und hat erforscht, daß das Gegenteil der Fall ist. Es ist ihr auch nichts Neues, daß tagtäglich in der chemischen Industrie Anilinvergiftungen vorkommen, die bei Einatmung geringer Mengen Anilindünste als Nachterscheinung Unwohlsein und Erbrechen hervorrufen. Ist die Einatmung eine starke, so kann Besinnungslosigkeit auf die Dauer von ein paar Tagen, sogar der Tod eintreten. Erfolgt tägliche Einatmung von Anilindämpfen in geringer Dosis bei längerer Beschäftigungsdauer, so wirken sie auf den menschlichen Körper besonders ruinierend. Ein Urteil darüber fällen kann am besten derjenige, der als gesunder Mensch in einem Anilinbetrieb beschäftigt war oder ist. Mit dem Tage, wo der Arbeiter diese Beschäftigung aufnimmt, nimmt er auch gleichzeitig eine Gefahr, die seine Gesundheit ruiniert, auf sich. Hierzu einen kleinen Beitrag. Ich kam vom Fabrikarzt als gesund befundener Arbeitssklave in einen Betrieb, in dem Binitro-Benzol und Binitro-Toluol hergestellt wurden, beide Gifte, deren Gesundheitsgefährlichkeit ohne weitere Bedenken behauptet werden kann. In diesem Betrieb (Chemische Fabrik Griesheim-Elektron, Griesheim a. M.) ist auch wegen der ungesunden Beschäftigung die achtstündige Arbeitszeit eingeführt, die sich bei längerer Beschäftigungsdauer doch noch als zu lang erweist. Ich hörte auch schon vorher viel von der Gefährlichkeit dieser Stoffe, doch schenkte ich dem keine besondere Aufmerksamkeit, denn ich konnte es gar nicht fassen, wie eine Vergiftung durch solche Produkte erfolgen könnte. Doch mich belehrte bei meiner Beschäftigung die Einatmung dieser Dünste bald eines andern. Die ersten paar Tage ging es, nur machte sich auf einmal hie und da eine mir unerklärliche Müdigkeit bemerkbar, die dann immer stärker auftrat und zum Schluß in eine dauernde ausartete. Beim Treppensteigen von 20—30 Stufen mußte ich ein paarmal anhalten, denn auch Atembeschwerden stellten sich ein, und infolge der Müdigkeit war es mir fast immer nicht möglich, die Treppe im Steigen ohne anzuhalten auf einmal zu nehmen. Hierzu gesellten sich Durchfall, abwechselnd mit Verstopfung, anhaltende Kopfschmerzen, blaue Färbung der Ohren, Zunge, Lippen und andrer Weichteile. Der Urin nahm eine dunkelrote Färbung an, woraus zu schließen war, daß die inneren Organe, besonders die Nieren angegriffen wurden. Nervosität war ein ständiger Gast. Ich machte nun meine Betrachtungen über mich und fand, daß ich stets ein kranker Mensch war, ja im wahrsten Sinne des Wortes — eine wandelnde Leiche. Meine Sinne waren vollständig betäubt und ich hatte für nichts mehr Empfindungen. Ich war meiner ganzen Manneskraft beraubt und hatte jeden Funken von Entschlossenheit und Energie verloren. Hieraus schloß ich, daß mein Gesamtorganismus das Opfer des Anilingiftes wurde. Aber ich war nicht der einzige, es ging jedem so, der dort beschäftigt wurde. Würde ein gesunder Mensch, der die Gefahren nicht kennt, während der Arbeitszeit einen Blick in den Fabrikationsraum werfen, er würde entsetzt zurückweichen. Die Gesichter aschfahl mit bläulichen Färbungen durchsetzt, kein Zug verrät Lebensfreude oder Fröhlichkeit, alles schleicht dahin wie im Schlaf. Es ist dies keine Fabel, wie mancher glauben oder gar behaupten wird, nein, es ist eine nur zu traurige Tatsache. Denn bevor man in solch einem Betriebe beschäftigt war, wurden auch nach dem Verlassen derartiger Betriebe nie diese krankhaften Erscheinungen beobachtet. Also, wer wagt da noch womöglich die Behauptung aufzustellen, daß die Einatmung der Anilin- oder nietrierten Benzoldämpfe nicht die Ursache zu diesen krankhaften Erscheinungen ist? Aber trotzdem von gewisser Seite aus immer von Wohlfahrt und Verbesserungen des Arbeitsverhältnisses gefaselt wird, sind bis heute von dieser Seite noch nie entsprechende durchgreifende Gegenmaßregeln getroffen worden, was in Anbetracht der Gesundheitsschädlichkeit des Giftes sehr notwendig wäre. Es ist wie bei jeder Sache: Wenn etwas zum Schutze der Arbeiter getan werden soll, so wird von unsrer Ausbeutersippe immer gleich ein großes Lamento angestimmt. Sie nennen sich aber frech die Träger der Kultur. Wer ist denn der eigentliche Träger der Kultur, ihr Herren? Vielleicht die Pfaffen und Schlemmer, die sich durch Proletarierschweiß ein angenehmes Leben gestatten? Niemand anders als die Arbeiter selbst und die von ihnen gebildeten freien Organisationen. Diese allein sind von Anfang an bis jetzt stets für die armen ausgemergelten Lohnsklaven eingetreten und werden es fortan auch immer tun. Deshalb, Kollegen, eifrig und unermüdlich unsern Reihen neue Kulturkämpfer zugeführt, damit die Armen der Aermsten nicht allzulange auf ein besseres Hiersein zu warten brauchen. Wir brauchen uns nicht zu scheuen vor Schmähworten; denn der Kampf für unsre Sache ist ein gerechter und wird es auch bleiben.

× Ein neues Verfahren zur Gewinnung von Wasserstoff.

Die zunehmende technische Verwendung des Wasserstoffs, insbesondere seine Benutzung zur Schweißung von Eisen drängt dazu, seine Erzeugung zu verbilligen. Nebenbei ist hieran natürlich auch die Luftschiffahrt interessiert. Den bekannten, um die angewandte Chemie so hochverdienten Forschern Dr. Frank und Dr. N. Caro ist es nun gelungen, ein neues Verfahren zu ermitteln, das die Herstellung des Gases zu bisher unerreicht billigem Preise gestattet. Die Erfinder lassen Wasserdampf in bekannter Weise über glühenden Koks streichen. Dadurch entsteht Wassergas, das von Kohlensäure befreit und zusammengepreßt mit flüssiger Luft gekühlt wird. Hierbei werden verschiedene Beimengungen ausgeschieden und übrig bleibt ein für technische Zwecke genügend reiner Wasserstoff, der nur etwa 3—4 Prozent Kohlenoxyd und 1—2 Prozent Stickstoff enthält, außerdem ein Kohlenoxyd von 85 Prozent, das zum Betriebe einer die Kraft liefernden Gasmaschine dient. Die zur Kühlung erzeugte und benutzte flüssige Luft liefert außerdem reinen Sauerstoff, so daß in ein und demselben Verfahren genau wie bei der Elektrolyse, nur wesentlich billiger, Wasserstoff und Sauerstoff gewonnen werden, die zum Betriebe der Schweißapparate dienen können.

× Wieder eine Pulvermühle explodiert.

Am 26. August ist die Pulvermühle von Cramer u. Buchholt in Neuenhammer bei Ohl in die Luft geflogen. Die Arbeiter Berghaus und Wassenfuhr erlitten schwere Brandwunden. Im dortigen Krankenhause sind beide bereits ihren Verletzungen erlegen. Die Mühle brannte vollständig nieder. Wodurch die Explosion verursacht worden ist, konnte bisher noch nicht festgestellt werden.

× Unfall-Liste.

Am 30. August morgens wurde innerhalb des Betriebes der Farbenfabriken in Wiesdorf-Leverkusen von der Fabrik-Kleinbahn ein Rottenarbeiter überfahren. Dem Unglücklichen wurde das linke Bein unterhalb des Knies und von der rechten Hand drei Finger abgefahren. Der Schwerverletzte wurde ins Mülheimer Hospital geschafft. — Dieser Unfall ist, wie die meisten im Betriebe der Farbenfabrik vorkommenden Unfälle, eine Folge der unsinnigen Antreiberei, des nie ruhenden Hastens und Jagens der Arbeiter und der mangelhaften Schutzvorrichtungen. Und auch dieser Unfall wird nicht der letzte seiner Art sein. Solange die Arbeiter nicht, gestärkt und gestützt durch eine feste Organisation, durch ein einmütiges und energisches Vorgehen, bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse erkämpfen, solange werden sie alltäglich und allstündlich im Betrieb der Farbenfabrik wie anderswo von größter Gefahr für Gesundheit und Leben bedroht sein. Möchten sie das doch endlich einmal im eigenen Interesse erkennen und sich organisieren im Verband der Fabrikarbeiter!

Mit Oel schwer verbrannt. Am 29. August verbrannte sich ein Arbeiter der Firma Schön u. Ko., Kautschukwerk Harburg, welcher mit Reparatur an einem Destillationsapparat beschäftigt war, so schwer, daß er sofort ins Krankenhaus verbracht wurde. Die Ursache des Unfalls ist, daß Destillationsarbeiter Dampf in den Apparat ließen, ohne daß derselbe verschlossen war. Das ganze Oel ergoß sich dann über den Arbeiter. Wen die Schuld trifft, wird die weitere Untersuchung ergeben.

Gaukonferenz des Gaues 9.

Die Konferenz des Gaues 9 tagte am Sonntag, dem 21. August, im Lokale „Zum goldenen Kreuz" in Karlsruhe. Zu derselben waren 26 Delegierte aus den Zahlstellen erschienen, der Gauvorstand war durch vier Kollegen vertreten. Die Tagesordnung umfaßte fünf Punkte: 1. Bericht des Gauvorstandes, Tätigkeits- und Kassenbericht. 2 Bericht der Revisoren. 3. Berichterstattung vom Verbandstage. 4. Agitationsmaßnahmen im Gau 9. 5. Anträge und Allgemeines. Der Tätigkeitsbericht lag den Delegierten vervielfältigt vor, er wurde auch den Bevollmächtigten der Zahlstellen 14 Tage vor Stattfinden der Konferenz zugesandt. Die Konferenz wurde vormittags 9½ Uhr eröffnet. Zum ersten Punkt der Tagesordnung erhielt der Kollege Wörner das Wort, welcher den vorliegenden Bericht noch mündlich ergänzte. Der Bericht erstreckte sich auf die Zeit vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1910 und ist demselben folgendes zu entnehmen: Nach den Angaben der Zahlstellen hatten wir am Schlusse des zweiten Quartals 1908 einen Mitgliederbestand von 5168. Dieser erscheint etwas hoch im Vergleich zu der damaligen Beitragsleistung. Die zweite Hälfte des Jahres 1908 brachte dann infolge der Krise einen Rückgang an Mitgliedern, der bis zur Mitte des Jahres 1909 anhielt. Von da an gings wieder aufwärts und betrug die Mitgliederzahl am Schluß des 2. Quartals 1910 5916. Ein Teil des erwähnten Rückgangs ist auch der Einführung der Vierteljahrsstatistik zuzuschreiben, wodurch in verschiedenen Zahlstellen mit den „Papiersoldaten" aufgeräumt wurde, wollten sie nicht mit einer niedrigen Beitragszahlung erscheinen. Leider sind an dem Mitgliederzuwachs eine Reihe von Zahlstellen unschuldig, in diesen ist die Agitation nicht mit dem nötigen Eifer betrieben worden.

Durch den Ausbau des Vertrauensmännersystems sei manches gegen früher besser geworden und es müsse auf den guten Ausbau dieses Systems die größte Sorgfalt verwendet werden. Dann sei den Zahlstellen, die es noch nicht haben, zu empfehlen, Agitationskommissionen einzusetzen, diese hätten besonders auch eine planmäßige Hausagitation vorzubereiten. Als ein Mißstand sei es zu bezeichnen, daß die Zahlstellenleitungen in vielen Fällen warten, bis seitens des Gauvorstandes wieder ein Anstoß kommt, daß bezüglich der Agitation wieder was unternommen werden soll.

Anstatt zu warten, bis dieses geschieht, sollten die Zahlstellen immer von sich aus Wünsche und Anträge bezüglich der Agitation an die Gauleitung stellen. Die Abrechnungen seien pünktlicher eingelaufen gegen früher, einige säumige Zahlstellen gebe es aber immer noch.

Die agitatorische Tätigkeit des Gauleiters gestaltete sich folgendermaßen: Es wurden abgehalten: Oeffentliche Versammlungen 106, Betriebsversammlungen 141, Mitgliederversammlungen 48, Versammlungen wegen Lohnbewegungen 50. Vorträge wurden in den Zahlstellen durch den Gauleiter gehalten 31, Versammlungen durch andre Referenten 19, Sitzungen des Gauvorstandes 27, Sitzungen mit den Ortsverwaltungen 76, mit andern Organisationen 8, Revisionen in den Zahlstellen 10. Hausagitationen wurden 11 mal durch die Gauleitung arrangiert. Unterrichtsabende wurden 6 gehalten. Vermittlung bei Lohnbewegungen und Differenzen 17 mal. Zusammen 538.

Materialverbrauch: 70 400 Einladungszettel wurden selbst angefertigt. Zirkulare an Mitglieder und an die Bevollmächtigten wurden 10 580 hergestellt und versandt, Flugblätter, zum Teil auf Kosten der Zahlstellen 15 000, gedruckte Einladungen, Mahnzettel usw. 35 000 Stück.

Postsachen sind eingegangen 1970 Stück, ausgegangen 3593 Stück.

Die sämtlichen Einnahmen für die Hauptkasse, ohne den Zuschuß aus derselben, betrugen 160 427 Mk. Für Unterstützungen wurden verausgabt:

Streikunterstützung	35 223	Mk.
Krankenunterstützung	57 923	„
Arbeitslosenunterstützung	4 825	„
Maßregelungsunterstützung	2 756	„
	100 727	Mk.

Nicht aufgeführt sind die Ausgaben für Rechtsschutz, Umzugsgeld, Notstands- und Sterbeunterstützung.

Die Lohnbewegungen gestalteten sich ziemlich lebhaft, es fanden insgesamt 39 statt, wobei es in 7 Fällen zum Streik kam.

Erreicht wurde 1909 für 2425 Personen eine wöchentliche Lohnerhöhung von 3786,15 Mk., was auf ein Jahr umgerechnet die Summe von 196 880,20 Mk. ergibt, pro Kopf der Beteiligten 1,56 Mark wöchentlich oder 81,12 Mk. jährlich.

Das erste Halbjahr 1910 brachte 23 Lohnbewegungen, wobei es in einem Falle zum Streik kam. Erreicht wurde für 1152 Personen eine wöchentliche Lohnerhöhung von 1700,26 Mk., jährlich 88 411,40 Mk., pro Kopf der Beteiligten 1,47 Mk. wöchentlich oder 76,44 Mk. jährlich. Zusammen: Für 3577 Personen mehr Lohn pro Woche 5486,41 Mk. oder pro Jahr 285 293,32 Mk.

Verhindert wurde eine Arbeitszeitverlängerung von 1080 Stunden wöchentlich für 120 Personen, erreicht eine Arbeitszeitverkürzung von 1723 Stunden wöchentlich für 340 Personen. Tarife wurden in der Berichtsperiode 16 abgeschlossen, so daß zurzeit 17 Tarife im Gau bestehen.

Die Einnahmen der Gaukasse betrugen 5 832,67 Mk.
„ Ausgaben „ „ „ 5 591,10 „

Unter den Einnahmen befinden sich 672,82 Mk. als Beiträge der Zahlstellen an die Gaukasse.

Anschließend an den Tätigkeitsbericht des Kollegen Wörner gab der Kollege Molt den Revisionsbericht. Er erklärte, daß bei den Revisionen Bücher und Kasse stets in Ordnung befunden worden seien, und beantragte, dem Gauleiter Decharge zu erteilen, was einstimmig geschah.

Die Debatte über den ersten Punkt der Tagesordnung war eine ziemlich rege, verschiedene Delegierte schilderten die großen Schwierigkeiten, mit denen sie am Orte zu kämpfen haben. Kollege [illegible], Heilbronn, wünschte besonders, daß Gauleitung und die Zahlstellen alles tun, um die jeweiligen Löhne in den einzelnen Industrien genau festzustellen, weil bei den Lohnbewegungen die Unternehmer immer den einen Ort gegen den andern ausspielen. Einige Delegierten wünschten, daß für die Papierindustrie branchenkundige Redner gewonnen werden sollten.

Ausstellungen wurden an der Tätigkeit des Gauvorsitzenden nicht gemacht. In seinem Schlußwort ging der Kollege Wörner auf das in der Diskussion Vorgebrachte nochmals ein und sagte die Erfüllung der vorgebrachten Wünsche nach Möglichkeit zu, ersuchte aber auch, daß dann in Zukunft die hingesandten Zirkulare und Fragebogen auch beachtet und beantwortet würden. Zum dritten Punkt der Tagesordnung, Bericht vom Verbandstag, referierte der Kollege Ziegler-Straßburg. In einstündigem, gut aufgebautem Vortrage schilderte er die Verhandlungen und Beschlüsse des Verbandstags unter ganz besonderm Hinweis auf die Kämpfe, die in Aussicht ständen und eine Beitragserhöhung notwendig machten. Ebenso wies er in längeren Ausführungen auf den Vortrag des Kollegen Brey hin, den dieser auf dem Verbandstag über den Punkt „Taktik bei Streiks und Lohnbewegungen" hielt. In der folgenden Diskussion war eine Opposition bezüglich der Erhöhung um 5 Pf. nicht zu bemerken, von verschiedenen Rednern wurde gewünscht, daß das Flugblatt, welches zur Beitragserhöhung herausgegeben wird, recht bald erscheinen möchte.

Infolge der vorgeschrittenen Zeit und weil verschiedene Delegierte gleich nach 6 Uhr abends wieder abreisen mußten, beschränkte sich der Kollege Wörner bei seinem Referat über „Agitationsmaßnahmen im Gau 9" auf das Notwendigste. Aus seinen Ausführungen ist als bemerkenswert anzuführen, daß er darauf hinwies, daß, wenn bei der Agitation durch Betriebsversammlungen es nicht ratsam erscheine, die Einladungen an der Fabrik zu verteilen, sich die Kollegen am Orte vorher eine Anzahl Adressen verschaffen müssen, damit auf diese Weise die erste Verbindung gesucht werden kann. Dann dürfe auch die an einem Punkt begonnene Arbeit nicht liegen bleiben. Die Zahlstellenleitungen müßten dem Gauvorstande behilflich sein, wenn es sich darum handelt, neue Orte oder Betriebe in Angriff zu nehmen. Das Sammeln von Adressen sei eine Hauptaufgabe der Vertrauenspersonen, dadurch sei es dann möglich, eine umfassende Hausagitation betreiben zu können. Diese müsse in diesem Herbst und Winter überall unternommen werden. Regelmäßig sind die Sitzungen mit den Vertrauensleuten abzuhalten, in welchen gerade die agitatorischen Maßnahmen besprochen werden. Auch in den Sitzungen der Ortsverwaltungen muß der Punkt „Agitation" einen besseren Platz bekommen, es darf nicht stundenlang um kleinliche Dinge gemäkelt werden, während die Agitation oft gar nicht zur Sprache kommt. In der Aussprache hierüber spielten in der Hauptsache die örtlichen Schwierigkeiten, die sich oft der Agitation entgegenstellen, eine Rolle, allseitig wurde aber die Versicherung abgegeben, alles zu tun, was uns vorwärts bringen kann.

In rascher Folge wurden dann die Anträge erledigt. Die Zahlstelle Göppingen stellte den Antrag, daß der Gauvorstand nicht aus den Mitgliedern der Zahlstelle, wo der Gauleiter seinen Sitz hat, zu bilden sei, sondern aus den Zahlstellen des ganzen Gaues. Dieser wurde abgelehnt.

Dasselbe Schicksal erfuhr der Antrag Schorndorf, welcher eine besondere Sterbekasse mit Umlageverfahren wünschte. Angenommen wurden die Anträge, die verlangten, daß die Gaukonferenzen vor dem Verbandstage stattfinden sollen. Desgleichen ein Antrag Stuttgart-Kannstatt, daß alljährlich Konferenzen der Zahlstellenleiter stattfinden sollen mit der Einschränkung, daß entsprechend der geographischen Lage Konferenzen in den einzelnen Landesteilen abgehalten werden.

Annahme fand ferner ein Antrag der Zahlstelle Rheinfelden, daß für das badische Oberland ein Zahlstellenleiter angestellt wird, mit dem Sitz in Rheinfelden. Der Gauvorstand soll die nötigen Schritte in dieser Sache unternehmen.

Als Ort der nächsten Konferenz wurde Eßlingen gewählt und soll dieselbe dann bereits am Sonnabendabend beginnen, da in einem Tage die Arbeiten nicht mehr gut erledigt werden können. Damit waren die Arbeiten der Konferenz erledigt. Kollege Wörner ermahnte in seinem Schlußwort die Delegierten, alles zu tun, was unsre Organisation stärkt und festigt, damit, wenn wir uns in zwei Jahren in Eßlingen wieder zusammenfinden, ein weiterer Aufstieg konstatiert werden kann. Jeder soll seinen Mann stellen in der schweren Zeit, der wir aller Wahrscheinlichkeit nach entgegengehen.

Streiks und Lohnbewegungen.

— **Streiks und Differenzen** bestehen in: **Nürnberg** (Kohlenstiftfabrik, Bleistiftfabrik, Zelluloidfabrik). **Berlin** (Schallplattenfabrik und Gummiwarenfabrik). **Hamburg** (Werftarbeiter). **Kiel** (Werftarbeiter). **Liegnitz** (Ziegeleiarbeiter). **Eversdorf** (Schieferbruch). **Bremen** (Werftarbeiter). **Stettin** (Werftarbeiter). **Flensburg** (Werftarbeiter). **Lübeck** (Werftarbeiter). **Waltershausen** (Puppenfabrik). **Osterholz-Scharmbeck** (Werftarbeiter). **Worms** (Chemische Fabrik). **Hamburg** (Gummifabrik). **Eilenburg** (Dermatoidwerken).

Zuzug nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten!

— **Doberan.** Den hiesigen Ziegeleiarbeitern ist es gelungen, ihre Stundenlöhne, die bisher 25 Pf. im Winter und 30 Pf. im Sommer betrugen, um 5 Pf. pro Stunde zu erhöhen.

— **Eilenburg.** Der Streik in dem hiesigen Dermatoidwerke (Inh. Paul Meißner, Leipzig) dauert bereits 5 Wochen. Obwohl sich die Streikenden bis auf die Wiedereinstellung geeinigt haben, nimmt gerade in diesem Punkte der Herr Direktor Michael eine ganz sonderbare Stellung ein. So verlangte er vorige Woche, daß der Streik aufgehoben werden solle, dann wollte er Montag 20 Mann und 8 Frauen einstellen, noch etliche nach Bedarf im Laufe der Woche, und wer dann nicht eingestellt sei, den gebrauche er überhaupt nicht wieder. Auf eine Anfrage, wieviel und wer nicht wieder eingestellt werden solle, gab der Herr Direktor eine ausweichende Antwort. Daß auf ein derartiges Verlangen die in Frage kommenden 63 Streikenden nicht eingingen, ist selbstverständlich. Eine Streikbrecherkolonne von 20 Mann, welche am 3. August hier eintraf und durch das Vermittlungsbureau der Frau Müller, Wandsbek, besorgt war, kehrte dem Eldorado bald wieder den Rücken. Die Fabrikleitung ist bemüht, von auswärts Arbeitswillige heranzuziehen, und warnen wir hiermit nochmals vor Zuzug.

— **Flensburg.** Am Freitag, dem 19. August, wurden die Arbeiter der Firma H. Jordt, Schamottefabrik und Ziegelei, ausgesperrt. Diese Bewegung lehrt wiederum, wie von seiten der organisierten Arbeiter bei Lohnbewegungen nicht vorgegangen werden soll. Die dort beschäftigten Arbeiter glaubten auf eigene Faust eine Lohnerhöhung durchsetzen zu können, ohne die Organisation in Anspruch zu nehmen. Man glaubte, wenn man nur seine Wünsche äußere, so würde schon alles bewilligt. Dazu brauchen wir keinen Verband, war der Gedanke. Jedoch es kam alles anders. Die Lohnerhöhung wurde von Herrn Jordt rundweg abgelehnt, ja, als Antwort auf die Lohnforderung erhielten sämtliche Arbeiter die Kündigung. Die Kündigung sollte aber hinfällig sein, wenn die Arbeiter aus der Organisation austreten und sich verpflichten würden, bis 1912 keine Forderung auf Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit zu stellen. Die Forderung: Austritt aus dem Verband, wurde noch an demselben Tage zurückgezogen. (Herr Jordt war näm-

lich der Meinung, daß die Organisation dahinter stehe.) Die stattgefundenen Verhandlungen zeitigten das Ergebnis, daß Herr Jordt 5 Pf. Zuschlag für Ueberstunden bezahlen wollte, im übrigen sollte der alte Lohn bestehen bleiben. Falls die Arbeiter dies annehmen würden, verpflichtete sich Jordt, sämtliche Kündigungen zurückzunehmen, vorausgesetzt, daß ihm durch Anwerbung von Arbeitswilligen nicht zu große Kosten entstanden seien. Mit dieser Vereinbarung waren unsre Kollegen einverstanden. Doch als Jordt durch die Vertrauensmänner dies mitgeteilt wurde, erklärte er, sämtliche Kündigungen zurückzunehmen habe er sich nicht verpflichtet. Die Folge war, daß auch die Arbeiter ihr Einverständnis zurückzogen. Einen von der Firma ausgearbeiteten Vertrag zu unterschreiben, weigerten sich die Arbeiter. Darauf erfolgte die Aussperrung. Sogar seine Kontraktarbeiter sperrte Jordt mit aus, die aber sofort abreisten. Ein großer Teil fand andre Arbeit, so daß wir es ruhig hätten mit ansehen können, wären die Arbeiter alle unterstützungsberechtigt gewesen. Aber so war ein großer Teil erst vor der Bewegung eingetreten. Die Aussperrung sollte aufgehoben werden, wenn die Organisation einen Vertrag bis 1912, event. bis 1913, abschließen würde, ohne einen Pfennig Lohnerhöhung und ohne Verkürzung der Arbeitszeit. Ein Vorschlag der Organisationsleitung, am 1. April 1911 eine kleine Lohnerhöhung eintreten zu lassen und für die Akkordarbeiter den Lohn zu sichern, wurde von der Firma abgelehnt. Selbstverständlich erklärte die Organisationsleitung, daß unter diesen Umständen an einen Abschluß des Vertrages nicht zu denken sei. Wir würden unsern Kollegen vorschlagen, die Arbeit ohne Vertrag aufzunehmen. Damit war die Firma dann einverstanden. In einer Versammlung wurde dann mit übergroßer Mehrheit beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Das ist am 29. und 30. August geschehen. Die Firma konnte es aber nicht über sich gewinnen, von Maßregelungen abzusehen. Fünf Mann sollen nicht wieder eingestellt werden. Das ist eine sehr kleinliche Maßnahme der Firma, die aber ihren Zweck verfehlen wird. — Es wird aber nun an unsern Kollegen liegen, dafür zu sorgen, daß derartige unüberlegte Sachen nicht wieder vorkommen. Ferner muß auch der letzte Mann der Organisation zugeführt werden. Handeln alle Kollegen danach, dann wird es auch möglich sein, bei der Firma Jordt andre Verhältnisse zu schaffen, denn ein Stundenlohn von 35 Pf. ist für Flensburger Verhältnisse nicht zum Leben ausreichend. Die auswärtigen Kollegen aber werden es sich überlegen, ob sie unter solchen Verhältnissen bei der Firma in Arbeit treten werden. — Für die im Sägewerk Schmidts Nachfolger beschäftigten Arbeiter erzielten wir Erhöhung des Stundenlohnes um 2 Pf., Verkürzung der Arbeitszeit um 3 Stunden die Woche. Ferner wurde erzielt: Schaffung eines Unterkunftsraumes, Anschaffung eines Verbandskastens. Die Ueberstunden sollen mehr als bisher eingeschränkt werden. In Betracht kommen 21 Arbeiter. Es wäre hier wohl noch mehr erzielt worden, wenn nicht der Inhaber der Firma, leider mit Recht, auf die niedrigen Löhne in den andern Sägewerken hinweisen konnte. Hoffentlich sehen die Arbeiter der andern Sägewerke bald ein, daß durch eine geschlossene Organisation ihre Lage verbessert werden kann.

Für die in den Sandgruben und bei den Steinsetzermeistern beschäftigten Arbeiter schlossen wir einen Tarifvertrag ab, der den Minimallohn sofort von 43 Pf. auf 45 Pf. die Stunde erhöht. Am 1. April 1911 tritt eine weitere Erhöhung um drei Pfennige ein. Ferner wurde die 9½stündige Arbeitszeit festgelegt. Bisher wurde teils 9½, teils 10 Stunden gearbeitet. Für Ueberstunden werden 20 Prozent, für Sonntagsarbeit 25 Prozent Zuschlag gezahlt. Für Wasserarbeit wird ein Zuschlag von 2 bis 5 Pf. pro Stunde gezahlt. Bei Arbeiten außerhalb des Geltungsbezirks wird freie Fahrt hin und zurück gewährt, sowie die Fahrzeit als Arbeitszeit bezahlt. Bei Uebernachten sind Kost und Logis frei. Zur Schlichtung von Streitigkeiten wird eine Kommission, bestehend aus zwei Arbeitgebern und zwei Arbeitnehmern, gewählt. Wählbar in die Kommission sind auch Organisationsvertreter. Der Tarif gilt bis 1. April 1913. Die erreichten Vorteile kommen über 200 Arbeitern zugute.

Die Kollegen aus den andern Betrieben sollen sich diese Vorteile, die durch eine verhältnismäßig gute Organisation erreicht worden sind, einmal ansehen. Hauptsächlich die Kollgen der Papierfabrik und der Ziegeleien. Werden sie die Organisation ebenso ausbauen, dann werden wir auch bald von Erfolgen in diesen Betrieben berichten können. Für die Ausbreitung der Organisation zu wirken, muß unsre Aufgabe sein, dann können wir auch mit den Stundenlöhnen von 30 Pf. aufräumen.

Vom Kampf auf den Werften.

Von dritter Seite waren Verhandlungen zwischen der Gruppe deutscher Seeschiffswerften und den Zentralverbänden angebahnt. Die Vertreter der Zentralverbände vertraten in der unverbindlichen Vorbesprechung den Standpunkt, daß die Verhandlungen zwischen den Beteiligten, also der Gruppe der deutschen Seeschiffswerften als der Empfängerin und den Vertretern der acht Zentralverbände als den Veranlassern der eingereichten Vorschläge, stattzufinden habe. Die Werftbesitzer wollten außer den Vertretern der acht beteiligten Gewerkschaften auch einen Vertreter der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, einen Vertreter der christlichen Gewerkschaften und drei Vertreter der nationalen Arbeitervereine zu den Verhandlungen hinzuziehen. Noch bevor den Zentralverbänden eine Antwort zugegangen war, daß in der von diesen vorgeschlagenen Form die Werftbesitzer zu verhandeln ablehnten, konnte die bürgerliche Presse über das „Scheitern der Verhandlungen zur Beilegung des Werftarbeiterstreiks" berichten. Im weiteren Verfolg werden nun in der Scharfmacherpresse alle Register gezogen, daß es sich um eine „Machprobe des Metallarbeiterverbandes" und eine „sozialdemokratische Machprobe" handle, wie durch die Stellung der Vertreter der Zentralverbände, die die „systematische Beiseiteschiebung der eigentlichen Werftarbeiter und der nichtsozialdemokratischen Arbeiterorganisation" bezwecke, klar bewiesen sei. Trotz dieser offenbar unrichtigen Darstellung wird die Unternehmerpresse in der nächsten Zeit jedenfalls weiter versuchen, die Werftarbeiterbewegung als „Machprobe" hinzustellen und die Zentralverbände für das Scheitern der Verhandlungen verantwortlich zu machen, obgleich die Schuld ausschließlich auf seiten der Werftgewaltigen liegt. Die Arbeiterschaft wird sich durch solche Machenschaften nicht beirren lassen.

Es wird jetzt auch mit der Anwerbung von Streikbrechern begonnen. Abgesehen davon, daß die für die Arbeiten wirklich brauchbar sind, werden sich aber wohl kaum finden.

Der Kampf dauert auf der ganzen Linie mit unverminderter Schärfe fort. Zuzug nach den Werftorten ist fernzuhalten.

Korrespondenzen.

Erfurt. In einer am Sonnabend, dem 27. August, abgehaltenen öffentlichen Sandgrubenarbeiter-Versammlung wurden die Lohn- und Arbeitsbedingungen in den hiesigen Sandgruben besprochen. Redner referierte Kollege Neuring-Dresden über „Lebensfragen der Arbeiterklasse". Er machte mit seinen Ausführungen den Anwesenden klar, wie notwendig es sei, die Organisation immer mehr zu festigen, um die heutigen Zustände, welche infolge der jetzigen Wirtschaftskrisis bestehen, erträglicher machen.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung: „Wollen wir in eine Lohnbewegung eintreten?" referierte der Kollege Gerlach. Er führte aus, daß die Unternehmer unsre Kollegen in den Sandgruben bei der Ausführung der Bauarbeiten wohl auf Pfaffer machen, während die Vorteile, welche dabei erzielt wurden, von den Unternehmern der Sandgruben den Arbeitern nicht gewährt würden. Aus diesem Grunde sei es notwendig, daß wir versuchen, in den Sandgruben die Verhältnisse zu verbessern.

Erfolgreich tätig sei dieses bei der Firma Stenger u. Co. Ohne in diesem Betriebe das Allerbeste abgeschaffte zu sind die Verhältnisse gewiß erträglich. Vor allen Dingen ist es die vorzügliche Bezahlung der Arbeit, obwohl die Arbeit gleich schwer ist. Denn für die Arbeitszeit dauert kaum 30 Minuten, daß man [illegible] gefährlich dann sich von der schweren Arbeit [illegible] kann. Auch die Behandlung der Arbeiter durch den Schachmeister Hoffmann läßt zu wünschen übrig. Es wurde es den Arbeitern zu, bei Regenwetter ununterbrochen zu arbeiten. Als zwei Arbeiter ihre Kleider wechseln wollten, wurde ihnen gesagt: „Dann könnt ihr den ganzen Tag zu Hause bleiben."

Auch bei der Firma Rothe und den übrigen sind die Verhältnisse verbesserungsbedürftig. Im allgemeinen sind die Akkordlöhne den Verhältnissen nicht mehr entsprechend. Es könnte noch eine Reihe von Tatsachen angeführt werden, die es beweisen, daß in aller Kürze etwas geschehen muß, um eine Aenderung herbeizuführen. Von einem direkten Beschlusse wurde Abstand genommen, jedoch versprachen die Anwesenden, dafür zu sorgen, daß die Verhältnisse gebessert werden. Voraussetzung hierfür ist der Ausbau des Verbandes. Mögen die Kollegen ihr Versprechen halten.

Erfurt. Am Sonntag, dem 28. August, fanden im Bereiche unsrer Zahlstelle zwei außerordentliche Mitglieder-Versammlungen statt; eine in Erfurt, die andre in Sömmerda. In beiden Versammlungen erstattete der Kollege Keyser-Jena den Bericht vom Verbandstag in Halle. In der sich anschließenden Diskussion wurden die Beschlüsse des Verbandstags gutgeheißen. Obwohl man betreffs der Beitragserhöhung es lieber gesehen, wenn Staffelbeiträge eingeführt worden wären, gab man sich schließlich doch mit dem zufrieden, was der Verbandstag beschlossen. Im weitern Verlauf der Versammlung wurde nun diskutiert, wie wir in unsrer Zahlstelle den erhöhten Beitrag, da wir bis jetzt 10 Pf. Lokalzuschlag erhoben, aufbringen wollten. Zunächst war man der Meinung, den Lokalzuschlag auf 5 Pf. zu reduzieren, damit der Beitrag der gleiche wie bisher bliebe. Diesem wurde entgegengehalten, daß wir, wenn wir einen guten Lokalfonds in Zukunft haben wollten, es bei 10 Pf. Zuschlag belassen müßten. Das letztere kam bei der Abstimmung zur Annahme. Es beträgt also ab 1. Oktober der Beitrag in unsrer Zahlstelle 65 und 55 Pf. für männliche und 35 Pf. für weibliche Mitglieder. Kollegen! Sorge nunmehr ein jeder dafür, daß dieser mit großer Majorität gefaßte Beschluß bei den Kollegen verstanden wird und tue auch jeder in Zukunft sein möglichstes, um die Zahlstelle, wie bisher, vorwärts zu bringen.

Leipzig. Die Zahlstelle hielt am 23. August im „Volkshause" eine Mitgliederversammlung ab mit der Tagesordnung: Wahl der Delegierten zur Gaukonferenz in Chemnitz, Bericht vom Verbandstag in Halle und Verschiedenes. Die Kollgen Bodenstein, Schwarte und Schönfelder wurden einstimmig als Delegierte zur Gaukonferenz in Chemnitz gewählt. Bei Punkt 2, Berichterstattung vom Verbandstag in Halle, berichtete Hesselbarth, daß die zuerst beantragte Beitragserhöhung von 10 Pf., die dann auf 5 Pf. reduziert wurde, den größten Teil der Zeit des Verbandstages in Anspruch nahm. Auch hätten über die Statutenberatung ausgedehnte Debatten stattgefunden. Der Redner ging dann noch auf eine unerquickliche Stelle des Berichts des Redakteurs (Zeitungspolemik zwischen „Proletarier" und „Volkszeitung") ein. Der Redakteur des „Proletariers" habe dabei einige Seitenhiebe auf die Leipziger Delegierten ausgeteilt, auf die Kollege Schumann in entschiedener Weise reagiert habe. Am Ende seiner Ausführungen sprach der Berichterstatter die Hoffnung aus, daß die Leipziger Mitglieder die am 1. Oktober d. J. in Kraft tretende Beitragserhöhung um 5 Pf. wöchentlich opferwillig tragen werden. Darauf führte Kollege H. Schumann als Delegierter aus, daß er und Scharsig gegen jede Beitragserhöhung gestimmt hätten, weil die Mitgliedschaft Gegner jeder Erhöhung war. Weiter führte Schumann aus, daß der Beschluß gefaßt worden sei, bei zukünftigen größeren Kämpfen Extramarken einzuführen. Redner verbreitete sich dann in längeren Ausführungen über die Aussprache und Resolution zur Reichsversicherungsordnung, kam auf die Angelegenheit des Redakteurs zu sprechen und hofft, daß die Leipziger Kollegen den Beschlüssen des Verbandstages Geltung verschaffen und für die Organisation tätig sein werden. Kollege Scharsig machte ebenfalls längere Ausführungen, verurteilte die Haltung des Redakteurs Schneider und trat für die „Volkszeitung" ein. Die Kollegen Schwarte, Klare und Großer sprachen sich in der Angelegenheit Schneider für die „Volkszeitung" aus. Nachdem sich noch einige Redner dafür und dagegen ausgesprochen hatten, wurde folgende Resolution mit 50 gegen 32 Stimmen angenommen: „Die heute in Leipzig tagende Versammlung der Fabrikarbeiter billigt vollständig die Haltung der Leipziger Delegierten auf dem Verbandstage in Halle in Frage der „Leipziger Volkszeitung" und ist der Meinung, daß sie die Angriffe des Redakteurs Schneider noch nicht scharf genug zurückgewiesen haben." — (Danke schön! Die Redaktion.) Darauf kam Kollege Klare auf das Abkommen zwischen Partei und Gewerkschaften zu sprechen und wünschte, daß in Zukunft bei Parteiversammlungen die Gewerkschaftsversammlung auch bei den Fabrikarbeitern ausfällt. Scharsig entschuldigte das Stattfinden derselben damit, daß der Tag schon am Montag vorher festgesetzt und die Versammlungszettel an die Hilfskassierer ausgegeben waren. Zum Schluß wurde vom Kollegen Scharsig ein Antrag gestellt, den Delegierten für den Lohnausfall während des Verbandstages das Fehlende aus der Lokalkasse nachzubewilligen. Verschiedene Kollegen waren der Meinung, daß dieses wohl richtig sei, denn die Gauleiter und andre Angestellte bekämen ihren Lohn ebenfalls. Der Antrag wurde angenommen.

Ludwigshafen. Schwarze Listen. Die „Pfälzische Post" schreibt:

Nach den Behauptungen der Unternehmer und ihrer Preßmeute gibt es keine „Schwarzen Listen", mag auch die Praxis in zahllosen Fällen die Existenz solcher erweisen. Nach der Schaffung der Unternehmernachweise wird die Sache ja systematisch betrieben und nur sehr selten gelingt es, wie im Mannheimer Falle, dieses auch klipp und klar nachzuweisen und die öffentliche Meinung gegen die moralische Verlotterung, die darin liegt, aufzupeitschen.

Daß aber die Seuche der „Schwarzen Listen" auch in den den Arbeitsnachweisen nicht angeschlossenen Betrieben weiter grassiert, dafür bietet folgendes Schriftstück aus dem Schöntal bei Neustadt einen weiteren Beleg:

Neustadt, 21. Mai 1910.

Der erst kürzlich bei uns eingetretene Arbeiter A . . . E . . . . nützte die Zeit seines Hierseins, um seine Mitarbeiter zu verhetzen und Lohn-Unzufriedenheiten unter denselben hervorzurufen.

Infolgedessen kündigten gestern nachstehende Arbeiter und wir sehen uns veranlaßt, den Hetz-Agitator E . . . . ohne Kündigung zu entlassen. Als Mitglied der Vereinigung der Industriellen bitten wir die übrigen Mitglieder der Vereinigung, die nachstehenden Namen, sowie vorstehende Mitteilung bekannt zu geben, damit die Leute nicht eingestellt werden.

Hochachtungsvoll

gez. Hoffmann u. Engelmann.

Im Anschluß an diese „generöse" Mitteilung an den Industriellen-Verband folgen die Namen und Geburtsdaten von 5 Arbeitern, die das schwere Verbrechen begangen hatten, den von der Firma Hoffmann u. Engelmann, Papierfabrik in Schöntal bei Neustadt, gezahlten Lohn zu niedrig zu finden und die deshalb gekündigt hatten. Wer die mehr als unzulänglichen Löhne in dieser Fabrik kennt, wird sich über das Streben der Arbeiter, einen auskömmlichen Lohn zu erringen, nicht im mindesten wundern. Nun handelte es sich in diesem Falle aber gar nicht um eine Lohnbewegung, sonst hätte sich sicher eine größere Anzahl der Arbeiter daran beteiligt, sondern um eine völlig einwandfreie Kündigung. Die Leute suchten sich eben eine andere Arbeitsstelle, die es ihnen ermöglichen sollte, ihre Familien besser zu ernähren. Und trotzdem diese Verrufserklärung! Trotzdem versuchen die Unternehmer, die Arbeiter für ihre „Unbotmäßigkeit" zu strafen und die Leute durch Hunger zu zwingen, ihre Arbeitskraft für einen Bettelpfennig zu verkaufen! Trotz der schönen Worte aus höchstem Munde: Strenge Strafe dem, der einen Arbeiter an freiwilliger Arbeit hindert! werden die Industriellen gebeten, sich die angedrohte Zuchthausstrafe zu verdienen! Und wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß die Industriellen dieser Bitte nachgekommen sind, sobald sich die Gelegenheit dazu bot!

Noch sind die Arbeiter des Schöntals nicht in der Lage, sich gegen solche Brutalitäten des Unternehmertums zu wehren. Aber dieser Urlaubsbrief der Firma Hoffmann u. Engelmann muß ihnen den einzigen Weg zeigen, der gegen solche Praktiken schützt: das ist der Zusammenschluß zu einer Organisation, der Anschluß an den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Verbandsnachrichten.

Der Vorsitzende des Ausschusses, Kollege **Johs. Bruhns, Wandsbek,** Lübeckerstraße 79, 1. Etg., hat seine Obliegenheiten wieder übernommen. Eventl. Zuschriften sind an denselben zu richten.

Der Verbandskalender für das Jahr 1911 ist erschienen. Der Inhalt ist wiederum ein reichhaltiger und ist die Anschaffung jedem Kollegen zu empfehlen. Der Preis beträgt 50 Pf.

Das Protokoll vom Verbandstag in Halle a. S wird zum Preise von 15 Pf. an die Mitglieder abgegeben

Agitationsmappen zum Preise von 1 Mk. sind hergestellt und können von den Zahlstellen bezogen werden

Bestellungen sind an den Vorstand zu richten.

Vom 1. Oktober 1910 an betragen die Wochenbeiträge:

für weibliche und für jugendliche Mitglieder unter 18 Jahren 25 Pfennige,

für erwachsene männliche Mitglieder 45 Pf. und für die Mitglieder in der erhöhten freiwilligen Beitragsklasse 55 Pf. ohne die Lokalzuschläge.

Es werden folgende Markensorten hergestellt und gelangen dieselben ab 20. September zur Versendung:

zu 25 Pf.	ohne Lokalzuschlag,		
zu 30 „	einschließlich	5 Pf.	Lokalzuschlag.
zu 35 „	„	10 „	„
zu 45 „	ohne Lokalzuschlag,		
zu 50 „	einschließlich	5 Pf.	Lokalzuschlag,
zu 55 „	„	10 „	„
zu 60 „	„	15 „	„
zu 55 „	ohne Lokalzuschlag,		
zu 60 „	einschließlich	5 Pf.	Lokalzuschlag,
zu 65 „	„	10 „	„
zu 70 „	„	15 „	„

Vom 30. August ab gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

Neubeckum 61,30. Ludwigshafen 1200,—. Neumünster 1000,—. Velten 500,—. Eberswalde 400,—. Neuhofen 200,—. Althaldensleben 200,—. Jatznick 100,—. Dresden 1500,—. Mannheim 800,—. Eisenberg 400,—. Markranstädt 1000,—. Lauf a. P. 243,85. Schildesche 0,80. Harburg 4000,—. Plauenscher Grund 1000,—. Tangermünde 700,—. Kolberg 400,—. Memel 400,—. Kalbe 300,—. München 2000,—. Bautzen 100,—. Wurzen 4,50. Leipzig 800,—. Lauf a. P. 500,—. Landsberg a. W. 400,—. Altwasser 100,—. Meldorf 20,—. Brandenburg 13,05. Neubrandenburg 2,80. Freiburg i. Br. 2,—.

Schluß: Montag, 5. September, mittags 12 Uhr.

August Niemeyer.

Zustimmung zur Erhebung von Extrabeiträgen.

Landsberg. 5 Pf. pro Mitglied und Woche ab 1. Oktober 1910.

Stendal. 5 Pf. pro Mitglied und Woche.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher und Karten.

Bücher:

Nr. 315 476 für **Karl Drewell**, eingetreten am 1. Juni 1908 in **Berlin**.

Nr. 185 502 für **Karl Häßler**, eingtreten am 23. August 1908 in **Bautzen**.

Nr. 140 030 für **Gustav Diener**, eingetreten am 1. März 1906 in **Halle**.

Nr. 250 811 für **Heinrich Schrör**, eingetreten am 8. April 1907 in **Hamburg**.

Nr. 330 721 für **Christian Schöpfer**, eingetreten am 22. August 1908 in **Heilbronn**.

Nr. 52 663 für **Heinrich Meyenburg**, eingetreten am 15. Juni 1902 in **Osterwieck**.

Karten:

Nr. 64 808 für **Adolf Noack**, eingetreten am 1. Dezember 1909 in **Bautzen**.

Nr. 97 078 für **Otto Sommer**, eingetreten am 16. April 1910 in **Berlin**.

Nr. 40 587 für **K. Mirswa**, eingetreten am 20. Juni 1909 in **Chemnitz**.

Nr. 9[illegible] für **Willi Neff**, eingetreten am 1. Mai 1910 in **Harburg**.

Nr. 57 417 für **Ernst Lütgens**, eingetreten am 10. Oktober 1909 in **Lübeck**.

Nr. 107 051 für **Karl Schubach**, eingetreten am 1. August 1910 in **Lüneburg**.

Nr. 99 443 für **Ludowiec Schiff**, eingetreten am 16. Mai 1910 in **München**.

Nr. 99 061 für **Anna Bürsch**, eingetreten am 2. Juli 1910 in **München**.

Ausgeschlossen:

auf Grund § 7 des Statuts sind die bisherigen Mitglieder der Zahlstelle **Stettin:**

Gustav Karow, Buch-Nr. 209 020, eingetreten am 5. November 1906,

August Domann, Buch-Nr. 236 047, eingetreten am 29. Februar 1907.

Wilhelm Maaß, Karten-Nr. 80 289, eingetreten am 8. März 1910, und

Hermann Hoffmüller, Karten-Nr. 91 722, eingetreten am 18. April 1910.

Neue Adressen und Adressen-Aenderungen.

Grimma. Richard Luderer, Mühlstraße 12, part.

Kronach. Michael Schultheis, Thonberg Nr. 32 Post Neuses.

Memel. Karl Burnowitz, Weidendamm 5, part.

Neustadt a. Aisch. Christoph Beraus, Wilhelmstraß Nr. 85, 1. Et. l.

Posen. Gau 5. Wilhelm Schmidt, Zubilowo 69.

Tirschenreuth. Joseph Bachmeier, Alm 19½.

Inserate.

Zahlstelle Aschersleben. [4.—]

Sonnabend, 17. September, abends punkt 8½ Uhr, bei **O. Wilke.**

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

Bericht vom Verbandstage. Berichterstatter Kollege **Mätz,** Staßfurt.

Zahlreichen Besuch erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Beilage zum Proletarier.

Nummer 37. Hannover, 10. September 1910. 19. Jahrg.

Der Verwaltungsbericht der Papiermacher-Berufsgenossenschaft.

Die Verwaltung der Papiermacher-Berufsgenossenschaft hat dem seit Jahren unveränderten Inhalt ihres Berichts die Zahlen für 1909 eingefügt. Daraus ist zu ersehen, daß die Zahl der angeschlossenen Betriebe von 1259 im Jahre 1908 auf 1248, die Zahl der Versicherten von 86 856 auf 86 260 und die Zahl der Vollarbeiter von (ein Vollarbeiter gleich 300 Arbeitstage) 88 018 auf 87 335 zurückgegangen ist. Die Summe der umlagepflichtigen Löhne ist um 337 360 Mark gestiegen. Der Durchschnittslohn stieg für einen Versicherten von 868 auf 877, für einen Vollarbeiter von 856 auf 867 Mark.

Die Zahl der Unfälle ist nicht unerheblich gestiegen Im Jahre 1908 wurden insgesamt 3902 Unfälle, das sind 44,92 auf je 1000 Versicherte, gemeldet, im Jahre 1909 aber 4161 oder 48.24 auf je 1000 Versicherte. Erfreulicherweise ist die Zahl der schweren Unfälle, wenn wir als solche die Zahl der erstmals entschädigten einsetzen, geringer geworden; sie ging von 828 auf 800 oder von 9,53 auf 9,27 auf je 1000 Versicherte zurück. An Entschädigungen wurden 1 270 501,69 Mark gezahlt.

Nachstehende Tabelle zeigt die Verteilung der Arbeiterschaft auf die einzelnen Zweige der Papierindustrie und gleichzeitig die Verbreitung dieser Gruppen in den einzelnen Sektionen. Die Lumpensortiererein fallen von jetzt ab aus; dieselben sind der Lagerei-Berufsgenossenschaft überwiesen. Zu beachten ist jedoch, daß in der Tabelle nicht die Zahl der wirklich oder durchschnittlich beschäftigten, sondern der Vollarbeiter (siehe oben) angegeben ist.

Sektion	Landesteile	Strohstoffabriken Betriebe	Strohstoffabriken Vollarbeiter	Papierfabriken Betriebe	Papierfabriken Vollarbeiter	Pappenfabriken Betriebe	Pappenfabriken Vollarbeiter	Holzschleifereien Betriebe	Holzschleifereien Vollarbeiter	Zellulosefabriken Betriebe	Zellulosefabriken Vollarbeiter	Nebenbetriebe Betriebe	Nebenbetriebe Vollarbeiter	Alle Zweige zusammen Betriebe	Alle Zweige zusammen Vollarbeiter
I	Bayern ohne Rheinpfalz	—	—	39	3456,0	43	552,0	61	1256,4	7	1489,4	42	673,3	192	7427,1
II	Württemberg und Hohenzollern	—	—	27	3126,6	23	215,9	18	356,0	5	451,5	15	121,1	88	4271,1
III	Baden und Els.-Lothringen	1	73,0	41	3865,7	10	375,8	17	573,5	6	2566,3	13	274,6	88	7728,9
IV	Hessen (Großh.), Hessen-Nassau und Rheinpfalz	2	226,9	39	2850,6	27	256,2	5	49,5	4	451,5	14	157,4	91	3992,1
V	Rheinprov. und Birkenfeld	3	162,5	69	7397,4	29	812,4	8	77,1	1	334,5	5	152,7	115	8936,6
VI	Westfalen, beide Lippe und Waldeck	—	—	32	1680,2	18	423,0	20	315,7	5	279,1	15	147,3	90	2845,3
VII	Hannover, Oldenburg, Schleesw.-Holst., Braunschweig, Hamburg, Bremen, Lübeck	3	108,7	24	2321,6	22	549,6	31	384,9	3	217,1	11	116,9	94	3698,8
VIII	Prov. Sachsen, Anhalt und die Thüring. Staaten	2	148,8	56	48241,8	45	812,6	40	672,9	3	533,1	16	280,0	162	7272,2
IX	Königreich Sachsen	6	519,3	91	10766,4	153	2514,3	286	3819,3	9	1414,6	79	1578,1	624	20612,0
X	Pommern, Brandenburg, Ostpreußen, Westpreußen und beide Mecklenburg	—	—	30	3900,9	25	1126,2	16	341,0	10	3524,4	15	173,8	96	9066,3
XI	Schlesien und Posen	2	37,5	45	5984,5	35	1196,8	108	1884,3	10	2139,2	18	242,5	218	11484,8
	Zusammen	19	1276,7	493	50174,7	430	8834,8	610	9730,6	63	13400,7	243	3917,7	1858	87335,2

Die Zahl der Unfälle, prozentual der beschäftigten Arbeiterzahl berechnet, war in der Sektion I (Bayern), absolut genommen in der Sektion IX (Königreich Sachsen) am höchsten; von je 1000 Versicherten erlitten in der erstgenannten 67,11, in der letztgenannten 51,55 Personen einen Unfall. Trotz ihrer so hohen Unfallziffer steht die I. Sektion mit der Zahl ihrer Revisionen an drittletzter Stelle. Das ist allerdings schon eine Besserung, denn im Vorjahre stand dieselbe Sektion mit der Revisionsziffer an letzter, mit der Unfallziffer aber auch schon an erster Stelle. Wir meinen, es wäre Pflicht der Berufsgenossenschaft, den hohen Unfallziffern in den bayerischen Papierfabriken nachzugehen und dem Beamten das Gewissen zu schärfen, oder wenn derselbe überlastet ist, weitere Kräfte anzustellen. Es ist einfach ein Skandal, daß bei einer so hohen Unfallziffer kaum ein Drittel der Betriebe revidiert wird.

Von den 800 entschädigten Unfällen fallen 342 auf Unfälle an Arbeitsmaschinen, Motoren und Transmissionen, 116 auf Ab- und Aufladen, Heben und Tragen usw. und 99 auf Fall von Leitern, Treppen, aus Luken usw. Wie im Vorjahr, hat die Genossenschaft auch diesesmal wieder eine sektionsweise Zusammenstellung der 800 schweren Unfälle gemacht, die anzeigen soll, wieweit Unfälle durch Schutzvorkehrungen zu vermeiden gewesen wären und wieviel nicht. Die durch Schutzvorrichtungen unvermeidbaren werden wieder getrennt in solche, die durch Schuld der Arbeiter entstanden sind, und solche, die auf Zufall, höhere Ursachen usw. zurückzuführen sind. Das Resultat dieser Untersuchung ist folgendes. Es entstanden:

Durch Zufall, höhere Gewalt usw.	381	Unfälle
Durch Schuld der Arbeiter . . .	337	„
Auf mangelhafte Schutzvorkehrungen	82	„

Nehmen wir einmal die angegebenen Ursachen als richtig an, so haben die Unternehmer, indem sie keine oder unzureichende Schutzvorrichtungen schufen, 82 schwere Unfälle verschuldet. Das ist fürwahr ein schweres Schuldkonto. Daß die Arbeiter — vorläufig immer noch die Ziffern als richtig angenommen — viermal soviel Unfälle durch eigene Schuld herbeigeführt haben, entlastet die Unternehmer nicht, denn sie opfern die eigenen und nicht andrer Leute Glieder. Die Zusammenstellung ist in dieser Form irreführend. Wir streiten den technischen Beamten der Berufsgenossenschaft die Fähigkeit rundweg ab, beurteilen zu können, ob, wenn und inwieweit bei einem Unfall ein Verschulden des Arbeiters vorliegt. Der Beamte hört bei einem Unfalle fast nur den Unternehmer; fragt er die Arbeiter, die Zeugen des Unfalls waren, so ohne jedes Verständnis und im Beisein des Unternehmers, der ihm nicht gefallende Antworten sofort korrigiert, ergänzt, ändert. Die Arbeiter widersprechen in der Regel nicht. So kommt die Schuld des Verletzten zustande. Wir haben erst kürzlich ein drastisches Beispiel dafür erbracht. Ein Arbeiter einer Zuckerfabrik war verunglückt, weil er den Kopf durch ein Schutzgitter gesteckt hatte, um in ein Gefäß, das er zu beaufsichtigen hatte, sehen zu können. Zweifellos ein Verstoß gegen die Vorschriften. „Sträflicher Leichtsinn" würden die Beamten der Berufsgenossenschaft sagen. Daß aber der Arbeiter durch das Schutzgitter sehen mußte, weil die Betriebsleitung die Anschaffung eines Schwimmers, der den Stand der Flüssigkeit anzeigte, hinausschob, wird der Beamte vielleicht nie erfahren. Aehnlich geht es sehr oft zu. Wenn ein Arbeiter gegen eine fein paragraphierte Vorschrift verstößt und dabei verunglückt, ist er schuldig; daß er die Vorschrift nicht gelesen hat, daß er vielleicht vom Ausland als Lohndrücker hereingeholt wurde und gar nicht lesen kann, kommt nicht in Betracht. Wenn ein Arbeiter eine Schutzvorrichtung beseitigt, ist er schuldig; daß es Schutzvorrichtungen gibt, die nicht nur das Arbeiten hindern, sondern die Unfallgefahr direkt erhöhen, haben wir wiederholt nachgewiesen. Alle diese Momente können die Beamten der Berufsgenossenschaft gar nicht würdigen. Sie wollen es auch oft nicht. Wie sehr subjektive Anschauungen in die Beobachtungen hineinspielen, mag eine Gegenüberstellung der Resultate aus vier Sektionen zeigen. Sie gibt wieder, wieviel Prozent der Gesamtunfälle (es handelt sich hier immer nur um die 800 entschädigten, also schweren) den Arbeitern, den Unternehmern und der „Vorsehung" aufs Konto kommen. Es wurden verursacht:

	Sektion II Prozent	Sektion IX Prozent	Sektion VIII Prozent	Sektion III Prozent
Durch Schuld der Arbeiter . .	50	57	23	17
Durch Schuld der Unternehmer .	27	5	4	16
Durch sonstige Ursachen . .	23	38	73	67

Das Resultat zeigt den Wert der Aufmachung der Beamten schon ohne Kommentar. Der ob seiner blindwütigen Arbeiterbekämpfung von uns schon wiederholt charakterisierte Beamte für das Königreich Sachsen (Sektion IX) hat mehr als die Hälfte aller Unfälle auf das Konto der Arbeiter gebürdet; der Beamte für Baden und Elsaß-Lothringen macht sie nur für weniger als ein Fünftel verantwortlich. Die Schuld der Unternehmer findet der sächsische Beamte nur zu 4 Prozent aller schweren Unfälle, der badische aber bei 16 und der Württemberger gar bei 27 Prozent aller Fälle. Wollen uns nun die Beamten etwa glauben machen, die Arbeiterschaft im Königreich Sachsen sei weniger intelligent, weniger aufmerksam, weniger vorsichtig? Die Behauptung wäre lächerlich. Wohl aber haben wir Grund zu der Annahme, daß die Aufsichtsbeamten nicht aus gleichem Holz geschnitzt sind; daß der eine seine Aufgabe sehr ernst, der andre sie sehr oberflächlich nimmt; daß der eine die Aussagen der Unternehmer richtig einschätzt, der andre blind daran glaubt; daß der eine frei blickt und der andre voller kapitalistischer Vorurteile steckt. Und so erklären sich denn die Resultate solcher Aufmachungen.

Von besonderem Interesse ist auch in diesem Bericht wiederum die, übrigens nur beiläufig gemachte, Mitteilung über die Verteilung der Unfälle auf die Wochentage. Schon im vorigen Jahre stellten wir fest, daß regelmäßig der Donnerstag die höchste Unfallziffer aufweist; wir ersuchten gleichzeitig unsre Mitglieder um Mitteilung ihrer Ansicht über die Ursachen der hohen Unfallziffer am Donnerstag. Es sind uns auch einige Mitteilungen zugegangen, die aber eine ausreichende Erklärung nicht geben. Wir geben nachstehend die Ziffern für die letzten drei Jahre absolut und prozentual:

Tag	Ueberhaupt 1907	Ueberhaupt 1908	Ueberhaupt 1909	In Prozent 1907	In Prozent 1908	In Prozent 1909
Sonntag	49	40	28	6,18	4,93	3,50
Montag	112	127	114	14,14	15,33	14,25
Dienstag	134	139	146	16,92	16,78	18,25
Mittwoch	126	132	119	15,91	15,94	14,87
Donnerstag	140	148	151	17,68	17,84	18,88
Freitag	99	102	122	12,50	12,31	15,25
Sonnabend	131	138	116	16,54	16,65	14,50
Unbekannt	1	2	4	0,13	0,22	0,50
Summa:	792	828	800	100	100	

Eine Abweichung ist insofern im letzten Jahre zu konstatieren, als der Montag von der zweitgünstigsten in die erste und der Freitag aus der günstigsten in die vierte Stelle gerückt ist. Der Donnerstag aber ist noch weiter über den Durchschnitt hinausgeschnellt und der Dienstag steht immer noch an zweiter Stelle. Auch diesesmal fordern wir unsre Kollegen und Kolleginnen in den Papierfabriken auf, uns ihre Ansichten über die Ursache dieser Regelmäßigkeit mitzuteilen.

Die Berichte der technischen Beamten über ihre Ueberwachungstätigkeit sind lächerlich kurz. In ganzen fünf — fünf — Zeilen bringt z. B. der Beamte der Sektion I, die die enorm hohe Unfallziffer hat, seine Erfahrungen unter. Der Beamte der II. Sektion hat von 29 revidierten Betrieben nur 8 tadelfrei gefunden; in den übrigen 21 wurden nicht weniger als 115 Mängel vorgefunden. Diesem Beamten entschlüpft auch die charakteristische Bemerkung: „Bei Aufzugsanlagen ergab sich in einer Reihe von Fällen, daß die **bei früheren Revisionen beanstandeten Mängel teils gar nicht, teils ungenügend und unvo[illegible]ftsmäßig erledigt waren.**" Der Beamte der Sektion IV. läßt sich etwas ausführlicher über die Art der vorgefundenen Mängel aus; er schreibt: „An baulichen Anlagen waren die Treppen ausgetreten, die Stufen oder Geländer schadhaft, an Bodenluken waren die Barrieren nicht geschlossen oder es fehlten die Handgriffe. (Man erinnere sich, daß 99 von den 800 entschädigten Unfällen auf Fall von Treppen, Leitern, aus Luken usw. zurückzuführen sind. D. Red.) Die Transmissionswellen und deren Verbindungsteile, Stell- und Kuppelungsschrauben waren ungeschützt, abgeworfene Riemen wurden auf den Wellen laufend angetroffen. Auch fehlte häufig der Schutz an Zahnrädern oder er war ungenügend. An Glättorten und Kalandern mußte oft das Fehlen der Schutzlineale bemängelt werden. (342 von 800 schweren Unfällen passierten an Arbeitsmaschinen und Transmissionen. D. Red.) Die kurze Liste aus dieser Sektion zeigt zur Genüge, wo die Unfallschuldigen sitzen. Sehr viel sagt auch die kurze Angabe des Beamten der V. Sektion, daß er 58 Betriebe revidiert und davon 8 fast — also auch nur fast — ohne Mängel gefunden habe. Von den restlichen 50 zeigten 10 wenige oder unerhebliche und 40 mehrfache oder grobe Mängel. Wir meinen, das sagt genug.

Doch eine kurze Ergänzung ist noch nötig. In der ganzen Berufsgenossenschaft wurde nicht ein einziger Unternehmer wegen Uebertretung der Unfallverhütungsvorschriften bestraft, dagegen hat allein der Beamte für das Königreich Sachsen 12 — zwölf — Arbeiter mit Geldstrafe belegen lassen, weil sie die Vorschriften nicht beachtet haben. Zu kommentieren ist diese Tatsache nicht — wenigstens nicht innerhalb der der Publizistik gesetzlich gezogenen Grenzen.

Zum Schluß geben wir hier noch eine Lohntabelle des Berichts wieder. Der vorjährige Bericht brachte eine Zusammenstellung der Löhne nach Industriegruppen, Geschlecht und Alter getrennt, der neue bringt die Zusammenstellung nur für erwachsene männliche Arbeiter, aber nach Sektionen getrennt. Dem Endergebnis ist das für 1908 beigefügt.

Durchschnittslohn erwachsener männlicher Arbeiter (Vollarbeiter).

Sektion	Strohstoffabriken Mk.	Papierfabriken Mk.	Pappenfabriken Mk.	Holzschleifereien Mk.	Zellulosefabriken Mk.	Nebenbetriebe Mk.	Gesamtdurchschnitt Mk.
I	—	932	703	843	961	710	887
II	—	904	840	802	978	892	899
III	1029	975	818	902	1229	898	1056
IV	1056	900	815	791	1163	797	938
V	1064	1044	1076	896	1473	939	1068
VI	—	1015	965	986	1194	915	1013
VII	1047	971	873	860	1178	1139	965
VIII	1198	973	858	821	1067	932	956
IX	935	947	748	780	1138	880	901
X	—	888	873	676	1057	829	950
XI	763	811	742	704	842	754	789
Ganze Genossenschaft	1011	942	836	794	1078	843	933
dagegen 1908	1027	939	825	775	1063	834	926

Wie ersichtlich, ist der Lohn für männliche Arbeiter nur in den Holzschleifereien nennenswert gestiegen; in den übrigen Gruppen ist die Steigerung sehr gering, bei den Strohstoffarbeitern aber ist ein ganz erheblicher Lohnrückgang zu verzeichnen. Und das, obwohl der Lohn — es handelt sich hier nicht um allgemeine Durchschnittslöhne, sondern um die Löhne für erwachsene männliche Arbeiter — in keinem Zweige der Papierindustrie, auch in keiner einzelnen Sektion, 1100 Mark erreicht. Mit 700, 704, 748 Mark Durchschnittslohn für 300 Arbeitstage speisen die Papierfabrikanten ihre Arbeiter noch ab. Wie mag da erst der niedrigste Lohn in diesen Gegenden stehen! Und dieselben Fabrikanten stehen in den ersten Reihen der Scharfmacher, jammern am lautesten über die Begehrlichkeit der Arbeiter, klagen am meisten über Belastung durch soziale Gesetze, schimpfen am unflätigsten über die Organisationen der Arbeiter, rühmen am aufdringlichsten ihre Arbeiterfreundlichkeit.

Es ist eine Schamlosigkeit, die kaum überboten, ein Verbrechen am Volke, das kaum gesühnt werden kann, wenn im Jahre 1910, im Zeichen der Teuerung, Arbeiter mit Hungerlöhnen von 700 bis 1000 Mark abgespeist werden; aber es ist eine Schlafmützigkeit, die nicht übertroffen, eine

Pflichtvergessenheit, die nicht wieder gut gemacht werden kann, wenn Arbeiter im Jahre 1910 sich solche Löhne noch bieten lassen. **Soll das nicht endlich anders werden?**

Aus der Zement- und Ziegelindustrie.

Aus der Portland-Zementindustrie Amerikas.

Einer der jüngsten Industriezweige Amerikas ist die Portland-Zementindustrie. Die ersten Anfänge der amerikanischen Zementindustrie liegen kaum zwei Jahrzehnte zurück, und doch hat sie in dieser kurzen Spanne Zeit die deutsche Zementindustrie längst überholt. Den sechzigjährigen Entwicklungsgang der deutschen Zementindustrie durchmaß die amerikanische in einem Viertel der Zeit. Allerdings kamen ihr dabei die deutschen Erfahrungen zu Hilfe, im wesentlichen aber ist ihr gewaltiger Fortschritt und ihre rasche Entfaltung der ökonomischen Struktur des Landes und dem außergewöhnlichen Unternehmungsgeist der Amerikaner zu verdanken. Da die Beschaffung von Kapital wenig Schwierigkeiten bereitet, vertrödelt der Amerikaner seine Zeit nicht mit Kleinbetrieben, sondern schreitet sofort zum Großbetrieb, den er stets mit den neuesten und arbeitsparendsten Maschinen ausstattet.

Das ganze Bestreben der amerikanischen Zementindustriellen ist darauf gerichtet, die menschliche Arbeitskraft möglichst zu sparen und alles auf maschinellem Wege zu verrichten. Das erklärt sich zum Teil aus dem ständigen Mangel an Arbeitskräften, denn auch dort sind die Zementfabriken in der Regel der letzte Zufluchtsort der wirtschaftlich Schiffbrüchigen. Dann wird der amerikanische Arbeiter aber auch bedeutend höher entlohnt als der deutsche Arbeiter. Die Lebenshaltung der amerikanischen Arbeiterschaft steht nicht auf dem erbärmlichen Niveau wie in unserm vielgelobten deutschen Vaterland; dort arbeiten die Arbeiter, um zu leben, während sie hier bei uns leben, um zu arbeiten. In den deutschen Betrieben spielt die Lohn- und Arbeiterfrage eine nur unbedeutende Rolle, denn hier sind die Arbeiter leicht und billig zu beschaffen. In den amerikanischen Betrieben ist es umgekehrt, und deshalb sind diese von vornherein darauf eingerichtet, die menschliche Arbeitskraft in weitgehendstem Maße auszuschalten. Es ist das um so leichter möglich, weil die Kohlen in Amerika bedeutend niedriger im Preise stehen als bei uns.

Besonders die Transporteinrichtungen, wie Elevatoren, Transportbänder und Transportriemen, sind mustergültig. Sie werden zu allen möglichen Zwecken angewandt, so zum Transport des Rohmaterials, zum Beschicken der Maschinen und Oefen, zum Transport der Ware, zum Verladen der Ware usw. Dieselbe Arbeitsersparnis findet sich auch bei den Zerkleinerungsmaschinen. Maulbrecher und Kollergänge sind nur noch selten anzutreffen; an ihre Stelle treten meistens die Kreiselbrecher, die in vielen Fabriken gewaltige Dimensionen annehmen. Die Kreiselbrecher sind für große Leistungsfähigkeit vorgesehen und bedürfen dabei keinerlei Bedienung, da das Rohmaterial von der Transportanlage direkt in den Trichter des Kreiselbrechers gefördert wird. Von dem Umfang und der Stabilität dieser Maschine kann man sich eine ungefähre Vorstellung machen, wenn man bedenkt, daß sie große Steinblöcke bis zu 10 Tonnen Gewicht ohne Schwierigkeit innerhalb einiger Minuten zu faustgroßen Stücken zermalmt. Die Feinmahlung wird durch Rohr- und Kugelmühlen bewirkt. Als Kohlenmühle für den Drehrohrofenbetrieb wird meistens die sogen. Fuller-Mühle benützt, die den Vorteil hat, daß die staubfrei arbeitet. Die lästige und gesundheitsschädliche Staubplage bei der Kohlenmüllerei fällt auch ohne besondere Entstaubungs-Anlagen vollständig fort.

Im Brennbetrieb ist der Drehrohrofen vorherrschend. Genau wie bei den Kreiselbrechern, so gehen auch bei den Drehröfen die Dimensionen ins Riesenhafte. Oefen von 50—60 Meter Länge und 3—4 Meter Durchmesser sind keine Seltenheit. Selbstverständlich sind auch die Leistungen dementsprechend, sie betragen 120—140 Faß pro Stunde. Die Bedienung der Oefen geschieht ebenfalls auf maschinellem Wege. Die Rohstoffe werden den Oefen durch mechanische Transporteinrichtungen zugeführt, wie auch die Klinker in gleicher Weise in die Klinkerschuppen gefördert werden. Für die Zuführung des Kohlenstaubes sind verschiedentlich spezielle Apparate im Gebrauch. Die überschüssige Hitze der Drehrohröfen wird vielfach dazu benutzt, die Kohlen für die Drehrohröfen zu trocknen und die Trockenkammern für die Rohstoffe zu heizen. Die Klinker werden allgemein durch Kugelmühlen in Verbindung mit Rohrmühlen gemahlen. Die Silos für den fertigen Zement sind in der Regel turmförmig und aus Eisenbeton hergestellt.

Interessant ist die Verpackung des Zements. Die Fässer werden als Verpackungsmaterial immer mehr ausgeschaltet, ebenso auch der Jutesack. Bei den Fässern geschieht das, um Arbeitskräfte zu sparen, bei den Jutesäcken wegen der steigenden Juterreise. An deren Stelle treten Papiersäcke und P[illegible]wollsäcke. Letztere sind wohl im Anschaffungspreis etwas teurer als die Jutesäcke, sie sind aber bedeutend haltbarer und dichter. Der fertige Zement wird überall mit automatischen Wagen verwogen. Das Binden der Säcke geschieht in den meisten Betrieben mittels Drahtes unter Anwendung eines eigens dazu konstruierten Werkzeuges. Der hufeisenförmig gebogene Draht ist an beiden Enden mit Oesen versehen, die zum Einhaken des oben genannten Werkzeugs bestimmt sind. Der Schaft des Werkzeugs ist spiralförmig und mit einer in die Spiralwindungen eingreifenden Hülse versehen. Das Binden der Säcke geschieht nun folgendermaßen: Mit der linken Hand hält der Arbeiter das zusammengefaltete Ende des Sackes fest, mit der rechten Hand hält er den am Ende des Schaftes angebrachten Haken in die Drahtösen, ein Zug an der Hülse, der Schaft dreht sich und windet den Draht fest und eng zusammen. Der ganze Akt vollzieht sich natürlich blitzschnell. In verschiedenen Betrieben geschieht das Verschließen noch einfacher: Der leere Jutesack wird zunächst am offenen Ende umgebunden und dann auf den Kopf gestellt, so daß der Boden nach oben kommt. Am Boden des Sackes befindet sich ein Schlitz, durch den die Füllung bewerkstelligt wird. Innerhalb des Schlitzes ist ein Ventil aus Leinwand angebracht, das sich selbsttätig schließt, sobald der Sack wieder umgedreht wird. Der Sack kann also nur von unten gefüllt, nicht aber von unten entleert werden.

Das Hauptgebiet der amerikanischen Zementindustrie erstreckt sich längs des Flusses Hudson in Pennsylvanien. Innerhalb einiger Jahre sind dort etwa 30—40 Zementfabriken entstanden, was hauptsächlich auf das dort gelagerte vorzügliche Rohmaterial, auf die günstigen Verkehrswege und die guten Absatzverhältnisse zurückzuführen ist. Die Leistungsfähigkeit der einzelnen Fabriken ist den Betriebseinrichtungen entsprechend, sie beträgt, nach unsern Maßen berechnet, pro Tag durchschnittlich 5000 Normalfaß. Wenn die amerikanischen Zementfabriken den deutschen auch technisch und wirtschaftlich gewaltig überlegen sind, in einer Beziehung stehen sie den deutschen Fabriken doch gleich, nämlich in der Mangelhaftigkeit der Arbeiterfürsorge. Genau wie der deutsche Unternehmer, so ist auch der amerikanische nur darauf bedacht, seinen Profit zu mehren. Der Profit allein ist für ihn die Triebfeder zu Neuerungen und Verbesserungen; Schutzvorrichtungen und sonstige Wohlfahrtseinrichtungen sind für ihn in der Regel unbekannte Dinge. Der Arbeiter erhält seinen auskömmlichen Lohn, und damit hält der amerikanische Unternehmer seine Verpflichtungen für erfüllt. Trotzdem würden die deutschen Zementproleten bei einem Tausch mit den amerikanischen Verhältnissen sehr gut abschneiden.

= Zusammenschluß der hessischen Ziegeleibesitzer.

Vor einiger Zeit fand in Darmstadt eine Versammlung der hessischen Ziegeleibesitzer statt, die sich mit der Gründung eines Verbandes hessischer Ziegeleibesitzer befaßte. Herr Ziegeleibesitzer Fr. Rücker aus Weinsheim hatte das Referat übernommen, in welchem er wie üblich auf die derzeitige „schwierige" Lage der Ziegelindustrie hinwies, in die sie durch die Schleuderpreise, durch hohe Kohlenpreise und „hohe Arbeitslöhne" geraten sei. Um dem abzuhelfen, empfahl er dringend den Zusammenschluß der für das Großherzogtum Hessen in Frage kommenden 300 Ziegeleibesitzer. Wörtlich führte er nach dem Bericht der „Tonindustrie-Zeitung" aus:

„Andre Industrien, z. B. die Zementindustrie, haben sich längst zu Syndikaten zusammengeschlossen, sich dadurch jahrelang gute Verkaufspreise und Mittel zu umfangreicher Propaganda verschafft, an der es im Ziegelgewerbe noch völlig fehlt. Wir müssen uns unbedingt zusammenschließen, um auf Architekten und Behörden, die ihre Verfügungen häufig zum Schaden unsrer Industrie vom grünen Tisch aus erlassen, Einfluß zu gewinnen. Durch ein neues Gesetz ist die Beschäftigung der Arbeiterinnen beschränkt worden, während die Landwirtschaft in dieser Beziehung viel besser behandelt wird. Hierzu kommen immer neue Arbeiterschutzgesetze, die von den Unternehmern kaum noch aufzubringende Opfer fordern. An eine Sozialpolitik zugunsten der Arbeitgeber, von denen recht viele bittere Not leiden, denkt heute noch niemand, obgleich sie geradezu eine Forderung der Gerechtigkeit ist. Es wird immer nur von der Verteuerung der Lebensverhältnisse der Arbeiter gesprochen und damit lediglich ein Stimmenfang für parteipolitische Zwecke getrieben. Die Arbeiter sind durch diesen einseitigen Standpunkt heute allmählich so weit gekommen, daß sie alle Wohlfahrtseinrichtungen nur als Abschlagszahlung auf ihre berechtigten Forderungen ansehen."

Wir können diese Vereinigungsbestrebungen den hessischen Ziegeleiarbeitern nur zur eifrigen Nachahmung empfehlen. Auch sie haben einen größeren Einfluß auf ihre Arbeitsverhältnisse nötig, denn die „hohen Arbeitslöhne" existieren nur in den Uebertreibungen der Ziegeleibesitzer. Diese erinnern sich noch gar zu gern der Zeiten, wo die Ziegeleiarbeiter mit 2 Mark pro Tag abgespeist wurden; da erscheint ihnen der heutige Lohn von 3 bis 3,80 Mark ungemessen hoch. Daß die Kosten der Lebenshaltung durch die Verteuerung der Lebensmittel fast noch mehr gestiegen sind als der Lohn, kommt den Herren meist nicht in den Sinn; noch viel weniger aber, daß sie selbst mitgeholfen haben, diese Verteuerung herbeizuführen. Wenn die Ziegeleibesitzer gar so sehr Not leiden, so mögen sie ihren Müßiggang aufgeben, der Weg zur Arbeit steht ihnen ja frei, sie können dann teilnehmen an den hohen Arbeitslöhnen, an dem Arbeiterschutz und an den herrlichen Wohlfahrtseinrichtungen, und alle Not ist für sie vorbei. Wenn sie aber das „Notleiden" dem Arbeiten vorziehen, so muß das eine recht angenehme Not sein, eine Not, wie wir sie allen Ziegeleiarbeitern nicht schlimmer wünschen.

Nachdem noch der Ziegeleibesitzer Fr. Mackle aus Oberhausen als Vorsitzender des badischen Ziegeleibesitzerverbandes die Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller Ziegeleibesitzer Deutschlands betont hatte, wurde der Verband gegründet. Zu Vorsitzenden wurden der Ziegeleibesitzer Rücker-Weinsheim und Direktor Weitzel von der Darmstädter Aktienziegelei gewählt. Ziegeleibesitzer Hessens, machts ihnen nach!

= **Von der Unrentabilität der Ziegeleien.** In den letzten Jahren tönten durch alle Unternehmerzeitungen die ständigen Klagen der Ziegeleibesitzer über die schlechten Zeiten. Wir waren aber durch ziffernmäßige Belege stets in der Lage, nachzuweisen, daß das Gejammer der Ziegeleibesitzer nur Sand in die Augen der Arbeiter sein sollte, um diese mit ihren erbärmlichen Lohn- und Arbeitsverhältnissen auszusöhnen. Erst kürzlich veröffentlichten wir die Gewinne einer Anzahl Aktienziegeleien, die dies ebenfalls bestätigten. Aber auch die Gewinne der übrigen Ziegeleibesitzer lassen von schlechten Zeiten wenig merken, was durch folgendes bewiesen wird. In Nr. 93 der „Tonindustrie-Zeitung" findet sich ein Inserat, in dem eine Ringofenziegelei in Hessen zum Verkauf angeboten wird. In diesem Inserat heißt es, daß bei einer Jahresproduktion von 2½ Millionen Maschinensteinen und 1 Million Biberschwänze und Falzziegel ein Jahresgewinn von 20- bis 30 000 Mark erzielt worden sei. Wenn derartige Gewinne in den sogenannten jetzigen schlechten Zeiten von den Ziegeleibesitzern eingeheimst werden, so kann man ungefähr berechnen, welche Summen von den Herren in den guten Zeiten eingesackt werden. Die Ziegelindustrie ist also mit wenig Ausnahmen rentabel genug, um den Arbeitern für redliche Arbeit redlichen Lohn zu gewähren. Mögen ihn die Ziegeleiarbeiter fordern.

= Die Ziegeleiarbeiter notorische Säufer und Raufbolde?

Die Handhabung des von den Liberalen als große Errungenschaft gepriesenen Reichsvereinsgesetzes zeitigt herrliche Früchte. Weil eine Versammlung unter freiem Himmel in Motzen im Kreise Teltow den Zweck hat, Anhänger für die Sozialdemokratie zu werben und inmitten einer den Bestrebungen dieser politischen Partei abgeneigten ländlichen Bevölkerung stattfinden soll, weil die Teilnehmer größtenteils aus Ziegeleiarbeitern bestehen würden, bei denen nach Ansicht des Herrn Amtsvorstehers „notorisch der übermäßige Genuß geistiger Getränke die Regel bildet", deshalb muß die Genehmigung versagt werden.

Im April dieses Jahres wurde zum 8. Mai die Genehmigung zu einer Versammlung unter freiem Himmel in Motzen nachgesucht, die aber unter nichtigen Vorwänden abgelehnt wurde. Es folgte dann eine ganze Reihe von Beschwerden, Eingaben und Genehmigungsgesuchen, die aber vom Amtsvorsteher, Landrat, Regierungspräsidenten und Minister ebenso prompt abgelehnt oder zurückgewiesen wurden. Nachdem dem Herrn Amtsvorsteher auch der letzte Grund zur Ablehnung genommen war, hat er am 18. August dem Einberufer in dankenswerter Offenherzigkeit den folgenden Bescheid zukommen lassen:

„Die Genehmigung zur Abhaltung der Versammlung unter freiem Himmel in Motzen muß ich versagen und zwar aus folgenden Gründen:

Die Versammlung, deren Zweck es ist, Anhänger für die Sozialdemokratie zu werben, soll inmitten einer den Bestrebungen und Zielen dieser politischen Partei abgeneigten ländlichen Bevölkerung und an einem Sonntage stattfinden. Die Teilnehmer würden sich aus den Kreisen der Ziegeleiarbeiter zusammensetzen, bei denen notorisch der übermäßige Genuß geistiger Getränke, namentlich an Sonntagen und bei derartigen, die Gemüter erhitzenden Gelegenheiten, die Regel bildet.

Schlägereien zwischen der ländlichen und der Arbeiterbevölkerung sind in der in Betracht kommenden Gegend an der Tagesordnung, wie verschiedene Vorfälle beweisen. Hiermit ist die Befürchtung begründet, daß die Versammlung Gelegenheit zu Reibereien und Ausschreitungen unter den einander gegenüberstehenden Parteien und somit zur Störung der öffentlichen Sicherheit geben würde."

Selbstverständlich ist auch hiergegen von neuem Beschwerde erhoben worden und es wird nun in Geduld abzuwarten sein, bis der Herr Landrat, eventuell auch noch der Herr Regierungspräsident, sowie der Herr Oberpräsident und dann zum Schluß eventuell das Oberverwaltungsgericht über die Angelegenheit entschieden haben werden. Bis dahin wird voraussichtlich noch eine geraume Zeit vergehen.

Wenig schmeichelhaft ist übrigens die Antwort in dem letzten Bescheide für die Einwohner des ziemlich großen Ortes Motzen, besonders für die dortigen Ziegeleiarbeiter. Sie werden durch den Herrn Amtsvorsteher in einer großen Anzahl als Säufer und Raufbolde hingestellt, denen man das sonst allen gesitteten Menschen gewährleistete Recht, sich versammeln zu dürfen, glaubt einfach vorenthalten zu müssen. Die Ziegeleiarbeiter werden sich hoffentlich daran erinnern, wenn sie wieder für Kriegervereine und sonstige hurrapatriotische Zwecke eingefangen werden sollen.

= **Unfall.** In Certulitz ist ein Ziegeleischuppen eingestürzt, er begrub 12 Arbeiterinnen unter sich, von diesen wurde eine getötet und eine tödlich verletzt. Vier andre Arbeiterinnen erlitten schwere, die übrigen leichte Verletzungen.

= **Schönebeck a. d. E.** Ein bedauernswerter Unfall ereignete sich am Donnerstag, dem 25. August, in der hiesigen Zementfabrik. Der jugendliche Arbeiter Bökelmann war mit einem älteren Arbeiter dabei beschäftigt, einen Riemen in der Schlosserei kürzer zu machen; als er mit dieser Arbeit bald fertig war, erfaßte die Riemenscheibe plötzlich den Riemen und riß ihn und den Arbeiter mit herum. Bökelmann wurde mit solcher Gewalt um die Transmission geschleudert, daß er stark verletzt nach kaum einer halben Stunde verstarb. Wie uns berichtet wird, soll auch hier die bekannte Hast, mit welcher in diesem Betriebe gearbeitet wird, schuld an diesem Unfall sein, es soll der Antriebriemen bei der Reparatur nicht abgelegt, sondern nur ausgeschaltet worden sein. Es ist möglich, daß die Arbeiter, welche die Reparatur vornahmen, bei einer Hantierung den Ausschalter berührt haben, so daß auf diese Weise der Antriebriemen auf die Vollscheibe verschoben wurde. Trifft dieses zu, so hat man hier in ganz unverantwortlicher Weise mit Menschenleben gespielt. Eine strenge Untersuchung dürfte daher am Platze sein.

Rundschau.

Ein Maulkorb für die Fabrikinspektion.

Die preußischen Fabrikinspektoren sind schon heute die reinen Registrierapparate, dem preußischen Handelsminister scheinen sie aber immer noch zu viel eigenes Urteil zu besitzen. Dem sucht er jetzt durch folgenden Erlaß abzuhelfen:

„Die Jahresberichte haben sich, ihrer gesetzlichen Bestimmung gemäß, auf die Mitteilung von Tatsachen und Wahrnehmungen zu beschränken; theoretische Erörterungen, insbesondere Abschweifungen auf das Gebiet der Ausgestaltung und Abänderung bestehender Gesetze, Verordnungen usw. gehören nicht in diese Berichte. Nur solche Tatsachen sind mitzuteilen, die auf zuverlässigen Ermittlungen beruhen; Angaben dritter Personen oder gar Gerüchte, deren Richtigkeit sich nicht zweifellos so feststellen läßt, sind entweder überhaupt nicht zu berücksichtigen oder, wenn ihre Erwähnung aus besonderen Gründen geboten erscheint, nur unter Mitteilung der von dem Aufsichtsbeamten unternommenen Versuche zu ihrer Klarstellung unter ausdrücklicher Betonung ihrer Unkontrollierbarkeit wiederzugeben. Es ist zur Vermeidung jeder überflüssigen und lästigen Ausdehnung strengstens darauf zu achten, daß der Bericht nur über diejenigen Punkte sich verbreitet, hinsichtlich deren im Berichtsjahr Wahrnehmungen gemacht worden sind, die wesentlich genug erscheinen, um zur Kenntnis des Bundesrats und des Reichstags gebracht zu werden."

Vielleicht überlegt sichs der Herr Handelsminister einmal, ob nicht die Berichte ganz wegfallen können. Dadurch würde die Fabrikinspektion so vereinfacht, daß sie von der Polizei oder der Feuerwehr oder vom Ratsdiener (in kleinen Orten vom Nachtwächter) nebenamtlich verrichtet werden kann. Das wäre einfach und billig. Am letzten Ende läßt sich schließlich auch ein Automat für diesen Zweck konstruieren. Wir leben ja im 20. Jahrhundert, dem Jahrhundert der Sozialreform.

Die englischen Gewerkschaften im Jahre 1909.

Auch das Jahr 1909 hat den englischen Gewerkschaften wieder einen Verlust gebracht. Die Gesamtmitgliederzahl der 1153 (!) dem Arbeitsamte berichtenden Gewerkschaften betrug am Jahresschluß 1909 2 347 461 gegen 2 379 723 am Schlusse des Jahres 1908 und 2 412 611 am Schluß des Jahres 1907. Im Jahre 1908 sank die Mitgliederzahl um 2,7 Prozent, im Jahre 1909 um 1,4 Prozent. Weibliche Mitglieder wurden darunter gezählt 205 609 im Jahre 1908 und 207 518 im Jahre 1909.

Nach Industrien geordnet, war die Mitgliederzahl wie folgt:

Industrie	1908	1909
Baugewerbe	177 628	163 027
Erz und Steine	717 998	721 041
Metall-, Maschinen- und Schiffbau-Industrie	366 032	357 112
Textil-Industrie	362 456	364 832
Bekleidungs-Industrie	65 697	66 438
Transportgewerbe	224 053	210 612
Druckgewerbe	72 970	70 999
Sonstige Gewerbe	392 949	393 400
Insgesamt	2 379 723	2 347 361

Am meisten haben die Organisationen der Baugewerbe gelitten. Deren Mitgliederzahl betrug 1892: 159 144, 1900: 253 452, 1905: 205 219, 1906: 196 532, 1907: 193 230.

Die Zahl der zu Zweckverbänden zusammengeschlossenen Gewerkschaften hat wiederum zugenommen. Die wichtigsten derselben hatten folgende Stärke: Gewerkschaftsbund (dem Internationalen Sekretariat der gewerkschaftlichen Landeszentralen angeschlossen) 698 950, seit dem Vorjahre 0,9 Prozent weniger; Verband der Bergarbeiter 603 134 (2,2 Prozent Zunahme) und Verband der Maschinen- und Schiffbauer 307 320 (0,8 Prozent Abnahme) Mitglieder. Die 258 Gewerkschaftskartelle berichten ebenfalls über Mitgliederverlust, der 2,5 Prozent betrug. Ihre Gesamtmitgliederzahl am 31. Dezember 1909 war 935 275.